

Politische Berichte



**Ein Plädoyer:
Für eine Hilfe zum Leben
statt „aktiver“ Sterbehilfe**

S. 3



**Türkische Republik
Massenproteste gegen
Wirtschaftskrise**

S. 7



**Wohnen im Ballungsraum
München**

S. 12



**Nordbayern:
Kämpfe um Standortsicherung,
gegen Entlassungen und Outsourcing
in der Metallindustrie**

S. 14



**Deutsch-österreichisches Zusammen-
wirken – Mitteleuropäische Blockbildung
im Zuge der EU-Osterweiterung**

S. 21



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32 ... und Ost Rüdiger Lötzer, GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Postfach 260 226, 50515 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubauer Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

7,8%! Die Sozialhilfe deckt einer vom Paritätischen Wohlfahrtsverband veröffentlichten Expertise zufolge nicht mehr das gesellschaftliche Existenzminimum in Deutschland. Statt 549 DM im Bundesdurchschnitt müsste der Sozialhilferegelsatz für einen Haushalt vorstand mindestens 591 DM betragen, soll er tatsächlich gesellschaftliche Teilhabe auf wenigstens bescheidenem Niveau sichern. Der sog. Eckregelsatz sei aufgrund u.a. der verschiedenen Deckelungen seit 1993 und schließlich der Anbindung der Sozialhilfe an die Rentenentwicklung seit 1996 wesentlich zu niedrig. Die verschiedenen Deckelungen und die Rentenbindung seien mit dem Versprechen verbunden gewesen, zugleich ein verbessertes statistisches Modell zur bedarfsgerechten Bemessung der Regelsätze zu erarbeiten. Dies ist jedoch bis heute nicht geschehen. Der Paritätische fordert einen Inflationsausgleich in Höhe von 7,8%.

ALTE LÜGEN. Gegen die von Merz neu aufgelegten alten Lügen, Sozialhilfebezieher hätten ein höheres Einkommen als Bezieher niedriger Erwerbseinkommen, stehen die folgenden Daten einer Studie des Kölner Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG): Allein lebende Bezieher niedriger Einkommen verfügen in Westdeutschland über ein um durchschnittlich 54% höheres Einkommen als Sozialhilfebezieher, in Ostdeutschland um gut 50%. Bei Ehepaaren mit drei Kindern beträgt der Lohnabstand noch 15,3 bzw. 11,5%.

AUSKUNFTVERWEIGERUNG. Die Vorgeschichte: Anfang März hatte die PDS-Bundestagsabgeordnete Jelpke die Bundesregierung nach der Entwicklung der Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis in den letzten zehn Jahren gefragt. Anlass dazu war der Gesetzentwurf der Regierung „zur Neuregelung von Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses“, der seit März im Bundestag beraten wird und bis Juni in Kraft treten soll. Frau Jelpke: „Die Antwort der Bundesregierung war unverfroren: Eingriffe von Polizei und Geheimdiensten in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis seien geheimhaltungsbedürftig. Darüber hatte ich mich beim Bundestagspräsidenten beschwert. Jetzt kam seine Antwort. Natürlich, so Thierse (SPD), habe die Regierung das parlamentarische „Fragerecht als ein wichtiges Kontrollinstrument der Legislative gegenüber der Exekutive zu berücksichtigen“. Aber die Nicht-Beantwortung meiner Fragen zum Ausmaß der Brief-, Post- und Telefonkontrollen in den letzten zehn Jahren sei kein „Verstoß gegen die Antwortverpflichtung der Bundesregierung“. Die Regierung sei berechtigt, aus „zwingenden Geheimhaltungsgründen“ Fragen, insbesondere zu Aspekten geheimdienstlicher Tätigkeit im Bereich der Brief- und Fernmeldeüberwachung, zurückhaltend

zu beantworten“. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht zu erfahren, wie oft Polizei und Geheimdienste ihre Briefe aufmachen, ihre Pakete öffnen, ihre Telefone oder Faxe oder ihren E-mail-Verkehr abhören.“ (PE PDS)

NEUER BLOCKADE-VORSTOSS. Die Wirtschaft macht erneut deutlich, dass sie die Entschädigung für die Überlebenden der NS-Zwangsarbeit bis zum St. Nimmerleinstag verschieben will. Wörtlich heißt es in dem Schreiben: „Ein allumfassender und dauerhafter Rechtsfrieden (wie ihn die Wirtschaft vor jeder Auszahlung an die Überlebenden fordert, U.J.) bedeutet nicht nur die Abweisung aller anhängigen und in der Zukunft eingereichten Klagen gegen deutsche Unternehmen, sondern auch das Einstellen nachteiliger verwaltungsmäßiger, behördlicher und gesetzgebender Maßnahmen auf bundesstaatlicher und lokaler Ebene.“ Ausdrücklich fordert die Stiftungsinitiative, dass auch eine Klage der Gerling-Versicherung gegen die kalifornische Versicherungsaufsicht erfolgreich abgeschlossen sein müsse, bevor die Überlebenden ihr Geld erhalten dürfen.

Die Forderungen aus der Wirtschaft sind an Dreistigkeit und Kaltherzigkeit gegenüber den Opfern nicht mehr zu überbieten. Wenn die Politik solchen Unverschämtheiten nachgibt, bekommen die Überlebenden der NS-Zwangsarbeit nie ihr Geld. Die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke fordert deshalb von der Bundesregierung, sofort einen Vorschlag zu unterbreiten, wie die Überlebenden endlich zu ihrem Geld kommen. (PE PDS)

AUSGLEICH. Zur Mitteilung des Staatsministers Rolf Schwanitz, dass die Kommunen in Ostdeutschland als Ausgleich für von der Treuhandanstalt mitprivatisierte Kommunalobjekte 125 Millionen DM erhalten sollen, erklärte am 12. April der kommunalpolitische Sprecher der PDS-Bundestagsfraktion Uwe-Jens Rössel:

„Endlich honoriert die Bundesregierung die Tatsache, dass bei der überstürzten Privatisierung von Treuhandbetrieben „versehentlich“, aber dennoch rechtswidrig den Kommunen in Ostdeutschland zustehende Vermögenswerte mitverkauft wurden. Die PDS sprach dies im Bundestag seit 10 Jahren nicht nur wiederholt an, sondern brachte als einzige Fraktion auch in der laufenden Wahlperiode einen Antrag für einen angemessenen Ausgleichsanspruch der betroffenen Kommunen ein (Drucksache 14/17 vom 5.11.1998). Deshalb freue ich mich mit den betroffenen Kommunen in Ostdeutschland über die 125 Millionen, die der Bund als Finanzausgleich für von der Treuhandanstalt mitprivatisierte Kommunalobjekte zahlen will. Aber dennoch, es ist kein Schuss in Schwarze. Das Bundesjustizministerium hat die Vermögensverluste auf zwei bis drei Milliarden geschätzt.“ (PE PDS)

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB
o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Ein Plädoyer

Für eine Hilfe zum Leben statt „aktiver“ Sterbehilfe

Seit den 70er-Jahren gab es in kritischen gesundheitspolitischen Arbeitsgemeinschaften von Angehörigen medizinischer Berufe, in Selbsthilfe-Initiativen und in Angehörigengruppen immer wieder erregte Diskussionen über das Für und Wider von „Sterbehilfe“. Durch Veröffentlichungen von J. Hackethal, R. Kautzky, Ch. Meves, J. Issels, M. Köhnlechner, K. Dörner und F. Vester wurde das Thema auch in den Medien verbreitet und teilweise reichlich breitgetreten. Alle paar Jahre wird es, je nach politischer „Wetterlage“, immer mal wieder aufgekocht. Auch heute wird wieder laut darüber nachgedacht, ob professionelle Sterbehelfer in Kliniken und Pflegeheimen ihre Dienste anbieten dürfen. Beschönigend und mit milden Worten wird das „Recht auf das ureigene Sterben“ angemahnt.

Die Durchsetzung mancher „Rechte“ ist ja durchaus erstrebenswert; mir erscheint diese Diskussion jedoch reichlich verlogen. Jeder Tod, und fände er unter noch so unwürdigen Umständen statt, ist ein ganz persönlicher Tod. Doch so, wie das vorherige Lebensumfeld des Menschen von den gesellschaftlichen Bedingungen bestimmt wurde, so wird auch sein Sterben von diesen beherrscht. „Wenn du arm bist, musst du früher sterben“ – und vermutlich auch unter mieseren Bedingungen! Zum Glück gibt es heute mehr kleinere Patientenzimmer, deshalb ist das Lebensende im Krankenhaus-Badezimmer nicht mehr ganz so „normal“, wie es früher einmal war. Doch allein gelassen ist der sterbende Mensch heutzutage immer noch. Egal, ob er in seinen eigenen vier Wänden, vielleicht erst Tage nach seinem Tod, aufgefunden wird oder ob er von einer überlasteten Nachtschwester im Pflegeheim versorgt wird oder zuhause von erschöpften Angehörigen; der Tod hat in unserem Leben nichts zu suchen und wird möglichst zügig verdrängt.

Bedingungen schrecken vor dem Pflegeberuf ab

Wie erschreckt dann aufgeschrieen wird, wenn wieder mal so eine „Todesschwester“

ausfindig gemacht wurde, die aus Überforderung und Verbitterung das Leben von Sterbenden mit „der Spritze“ beendet hat? Nicht, dass ich eine solche Handlung irgendwie rechtfertigen möchte, aber ich kenne die Umstände, die zu einer derartigen Aktion führen können, nur zu gut. Man braucht sich ja nur die eine und einzige Pflegekraft vorzu-

Die Verabschiedung des Sterbehilfegesetzes in den Niederlanden hat auch hierzulande zu einer neuen Diskussion geführt. Der aus der Konstanzer PDS-Zeitung übernommene Beitrag enthält eine Reihe von Gesichtspunkten, die in der allgemeinen Debatte eine viel zu geringe Rolle spielen.

le Pflegerinnen (es gibt kaum noch männliche Auszubildende) in einen anderen Beruf, weil sie erkennen müssen, dass das, was sie in der Pflege für den kranken Menschen erreichen wollten, aufgrund der ständigen Personalengpässe überhaupt nicht machbar ist. Hinzu kommen Drei-Schicht-Dienst, Überstundenzwang, ständige Arbeitsetze und eine enorme Verantwortung bei geringem gesellschaftlichem Ansehen und einem dementsprechend niedrigen Gehalt. Vor allem das Gefühl, nie ausreichend Zeit für die Patienten zu haben, lässt viele bald resignieren. Auch die Konstanzer Spitalstiftung bekommt die Folgen der Gesundheitspolitik jetzt zu spüren, sie kann einen Teil ihrer neuen Pflegebedarf derzeit nicht belegen, weil qualifiziertes Personal fehlt.

Was heißt „beim Sterben helfen“?

Ich selber habe von 1965–98 in der Kranken- und Altenpflege gearbeitet. Hin und wieder kam es vor, dass ein schwerkranker Mensch sagte: „Schwester, ich will nicht mehr leben!“ Wenn man genauer nachfragte, erfuhr man, dass der oder die Kranke meinte: Ich will SO nicht mehr leben! Auf weitere Nachfragen hin erfuhr man: „Ich bin so allein.“ „Ich habe unerträgliche Schmerzen.“ „Ich habe Angst vor dem Ende.“ „Ich kann nicht schlafen.“ Ich hätte noch so viel zu erledigen.“ „Ich kriege so schlecht Luft.“ Und da beginnt eigentlich die Aufgabe (der Auftrag) für die Pflegekraft und den Arzt: Wie kann ich Beschwerden lindern; wie kann ich Wohlbefinden und Ruhe schaffen; wie kann ich ordnen und regeln helfen; wie kann ich den Sterbenden begleiten und Geborgenheit herstellen?

Ich habe viele Menschen sterben sehen: Neugeborene, Kinder, Erwachsene und Alte. Jedes Sterben ist einzigartig und bewegend und manchmal auch schrecklich. Nicht alle dieser Patienten konnten „in Frieden“ sterben, aus den verschiedensten Gründen, die sowohl in ihnen selbst als auch an den gesellschaftlichen Bedingungen lagen. Nicht alle Probleme können von den Angehörigen und Pflegenden gelöst werden, aber Begleiten und Hinhören und Lindern ist möglich, wenn man das Menschsein ernst nimmt. Ab 1973 war ich auf einer Palliativ-Station für hauptsächlich „austhe-



stellen, die versucht, nachts allen 40 Schwerkranken auf ihrer Station gerecht zu werden – in manchen Häusern „betreut“ sie auch zwei Abteilungen!

Die Öffentlichkeit ereifert sich über die Untaten der „Todesengel“, will aber doch lieber gar nichts Genaueres über die Pflegesituation wissen, die so was hervorbringt; es sei denn, dass es sie selbst oder ihre Angehörigen betrifft.

In den letzten Jahren hat trotz hoher Jugendarbeitslosigkeit das Interesse am Erlernen eines Pflegeberufes rapide abgenommen. Während es früher an den Pflegeschulen Wartelisten gab, werden heute die Kurse nicht mehr voll. Das gilt besonders für die Altenpflegeschulen. Ein Jahr nach dem Examen wechseln vie-

rapierte“ Krebspatientinnen tätig. Auf einer Station, wo keine invasive (eingreifende) Behandlung und Diagnostik mehr vorgenommen wurde, sondern „nur“ noch versucht wurde, den Todkranken das Leben so „schön“ und so leicht wie möglich zu machen. Man kannte dort „Sterbehilfe“ schon lange und praktizierte sie. Sterbehilfe war sowohl, jeder Patientin ihr Wunschhessen zu bereiten, als auch ihr mehrfach täglich den Wunsch nach einem kurzen Sitzbad gegen ihre Schmerzen und den Wundgeruch zu ermöglichen. Was die Ernährung angeht, so glaubt man kaum, wie wichtig gerade kleine Schmankerln für Menschen mit Appetitmangel sein können! So gab es um 10 Uhr auf Wunsch Bohnenkaffee, Rotwein mit Ei und Zucker (eine wohltuende und kräftigende Droge!) oder Milchbrei und Suppen in allen Variationen und für andere Rührei mit Tomaten oder Obst- und Gemüsepürees.



Beschäftigte wehren sich gegen unerträgliche Zustände in den Pflegeheimen

Ich gehe bewusst so ins Detail, um aufzuzeigen, dass man natürlich genügend Personal braucht, um die Schwerkranken ein wenig zu verwöhnen. Auf dieser Station (einer städtischen Frauenklinik in Niedersachsen) herrschte eine heitere und offene Stimmung und man spürte eine Zufriedenheit beim medizinischen Personal, bei den Hauswirtschaftskräften, bei den Patienten und ihren Angehörigen, die quasi 24 Stunden am Tag Besuchszeit hatten (während in anderen Häusern nur an Mittwoch- und Wochenendnachmittagen 3 Stunden Besuch erlaubt war). Nie wieder in meinem Berufsleben ist mir so viel Dankbarkeit begegnet wie auf dieser doch sehr schwierigen Station.

Schon damals gab es Opiumtropfen und Morphiumspritzen bei Bedarf. Die Ärzte haben gemeinsam mit dem Pflegepersonal, den Patienten und ihren Angehörigen bestmöglich die Risiken und den Nutzen der Medikamente erörtert. Kein Mensch musste in Schmerzen die Welt verlassen.

Für ein soziales Gesundheitssystem!

Heute hat man durch moderne Morphin-Abkömmlinge und Schmerzpumpen, welche dem Patienten stetig eine bestimmte Menge Morphin injizieren, noch weitaus bessere Möglichkeiten, die Schmerzen zu lindern. Viele starke Schmerzmittel verkürzen das Leben (oder das Sterben), da ihre „Nebenwirkungen“ auf die Atmungs- und Verdauungsorgane suppressiv wirken, ebenso auf Herz, Nieren, Leber und Stoffwechsel. Je nach Höhe der Dosierung ist der Schwerkranke davon etwas euphorisch oder eher schlafelig. dasselbe gilt für Schlaf- und Beruhigungsmittel, die natürlich ebenso Auswirkungen auf die Vitalfunktionen haben, was jedoch in Kauf genommen wird, um dem Kranken die Möglichkeit zu geben, sein Sterben angstfrei und in Würde zu durchstehen. Hier sind Arzt und Pflegekraft gefordert, verantwortungsvoll ihr Wissen einzusetzen.

Dazu gehört auch, dass der „Letzte Wille“ (die Patientenverfügung) bezüglich Intensivpflege, Beatmung, künstliche Ernährung sowie Organentnahme ernst genommen wird. Doch auch heraus hören zu können, ob der Lebenswille eines Menschen vielleicht nur wegen der derzeitigen Umstände zeitweilig erloschen ist und eine andere Therapie ihm helfen könnte. So hatte ein 24-Jähriger sich bei einem Kopfsprung die Halswirbel gebrochen und war vom Kopf abwärts gelähmt. Er hatte mehrfach „Sterbehelfer“ kontaktiert, damit sie seinem vermeintlich sinnlosen Leben ein Ende setzen. Die Ärzte konnten ihn überzeugen, die Entwicklung seines Befindens abzuwarten. Innerhalb eines Jahres konnte eine neu entwickelte Operations-technik ihn soweit heilen, dass er sich sitzend im Rollstuhl fortbewegen und immer mehr Tätigkeiten selbst verrichten kann. Er möchte an seinen Sterbewunsch vom Vorjahr nicht mehr gerne erinnert werden. Diese Erfahrung kann man in Reha-Kliniken bei der Behandlung von Unfallopfern und bei anderen plötzlich schwer Erkrankten oft machen: Wenn wieder Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben besteht, kommt auch der Lebenswille zurück.

Schaffen wir also ein neues und soziales Gesundheitssystem in einem neuen und sozialen Gesellschaftssystem, wo die Würde und die Rechte eines Menschen weder vom Geldbeutel noch von der Herkunft noch vom Alter oder dem Behinderungsgrad abhängig sind. Wir dürfen uns nicht als Objekte der Politik sehen, sondern als das, was wir sein können: Subjekte des politischen Handelns.

Alle Gesetze sind von Menschen gemacht und können von Menschen bestätigt oder geändert werden! Auch unsere Gesundheitsgesetzgebung. Die gesellschaftlichen Missstände sind es, die den

Ruf nach aktiven Sterbehelfern laut werden lassen. Rufen wir doch lieber nach aktiver Lebenshilfe durch ein Gesundheitswesen, an dem sich nicht Pharmakonzerne, eine „Gesundheits-Mafia“, Chefärzte und Klinikchefs bereichern. Ein Gesundheitssystem, das nicht nach profitlichen Gesichtspunkten ausgerichtet wird und nicht den marktwirtschaftlichen Gesetzen unterworfen. Unsere Vergangenheit hat uns gelehrt, dass wir wachsam sein müssen, auch wenn es um „Tötung auf Verlangen“ geht. Es ist ein kleiner Schritt zur Tötung aus „Verzunfft“, wie ja die Euthanasie an Behinderten gewissermaßen begründet wurde, nämlich „lebensunwertes“ Leben zu beseitigen. Die Menschen, die nicht „nützen“, sondern nur „kosten“! (Und nun erzähle keiner, dass es so was nicht mehr gibt: Alle Kliniken sind organisiert nach Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten.) Deshalb bin ich gegen „aktive“ Sterbehilfe, weil sie dem Missbrauch Tür und Tor öffnet.

Selbstbestimmtes Leben

Das letzte Wort gebe ich Fredi Saal, geb. 1935, der aufgrund schwerer spastischer Lähmungen seine Kindheit in einer „Irrenanstalt“ verbringen musste. Er war mehrfach drauf und dran, sich aus Verzweiflung und Erschöpfung „das Leben zu nehmen“. Er engagierte sich in den 80ern in der „Krüppeloffensive“ und veröffentlichte von 1950 bis 1994 zahlreiche Texte zum Thema selbstbestimmtes Leben.

Der Text ist Klaus Dörners Buch „Tödliches Mitleid“ entnommen: „Es ist schon ein unerträglicher Zynismus, erst für den Behinderten unzumutbare Lebensbedingungen zu schaffen, und dann daraus die Konsequenz einer Notwendigkeit für eine ‚humane‘ Sterbehilfe zu ziehen. Das nenne ich unterlassene Hilfeleistung, für die jeder zur Rechenschaft gezogen werden müsste. Statt für Sterbehilfe zu plädieren, gilt es für bessere Lebensbedingungen der Lebensmüden auf die Barrikaden zu gehen.“

... bleibt es die Pflicht, ihnen beim Leben, nicht beim Sterben zu helfen es sei denn, man begleitet sie in der aktuellen Sterbesituation (eine sehr schmerzhafte Erfahrung, der gerne aus dem Wege gegangen wird; den Giftbecher zu reichen ist sehr viel einfacher) ... es klappt recht gut, wenn es darum geht, das Leiden eines Menschen für so groß zu halten, dass man nicht mehr von einem menschenwürdigen und lebenswerten Leben sprechen könne ... Man will es gar nicht erst wissen, ob es das vermutete Leid auch wirklich gibt; es wird einfach vorausgesetzt und über seine endgültige Beseitigung nachgedacht. Dass wir gar nicht das Leid des anderen meinen, sondern unser eigenes beim Anblick des vermuteten, das lassen wir gar nicht erst in unser Bewusstsein.“ (F. Saal, 1988)

lir, aus: *seeblätte*,
Zeitung der PDS Konstanz

Europäischer Aktionstag für die Gleichstellung und gegen die Diskriminierung behinderter Menschen

Am 5. Mai findet der Europäische Aktionstag für die Gleichstellung und gegen die Diskriminierung behinderter Menschen statt, mit hoffentlich vielen örtlichen Aktionen. In Hamburg etwa ruft ein Bündnis zahlreicher Selbsthilfeorganisationen zu einer Diskussionsveranstaltung am 4. und einer Demonstration am 5. Mai auf. Den Aufruf dokumentieren wir nachstehend.

Im Mittelpunkt des diesjährigen Aktionstages steht der Kampf um die Gleichstellung, genauer um ein Bundesgleichstellungsgesetz und um Gleichstellungsgesetze auf Länderebene, wo es sie, wie in Hamburg, bisher nicht gibt.

Ein Bundesgleichstellungsgesetz ist in Arbeit. Den ersten Entwurf hatte Anfang 2000 das Forum behinderter Juristinnen und Juristen vorgelegt. Seit dem 18. Januar arbeitet eine Projektgruppe

an dem Gesetz, der neben Regierungsvertretern und dem Behindertenbeauftragten auch Vertreter der Länder und Kommunen sowie Mitglieder des Forums angehören.

Eine aktive Rolle im Kampf für ein Gleichstellungsgesetz spielt die PDS. Am 8./9. April fand eine Klausurtagung der behindertenpolitischen Sprecher der PDS-Fraktionen in den Landtagen und im Bundestag statt. Ergebnis: Die Arbeit für ein bürgerrechtsorientiertes Bundesgleichstellungsgesetz soll intensiviert werden. In der Pressemitteilung heißt es: „Alle Teilnehmer betonten den großen Wert der außerparlamentarischen Zusammenarbeit mit behinderten Menschen und ihren Organisationen, mit Selbsthilfegruppen sowie mit Sozial- und Wohlfahrtsverbänden. Diese Zusammenarbeit verleiht Initiativen der PDS die erforderliche Schubkraft in den Parlamenten und hilft, Widerstände – z.B. der CDU-geführten Landesregierungen in Sachsen und Thüringen – zu überwinden. Erste Erfahrungen mit

dem „Integrationsförderungsgesetz“ in Mecklenburg-Vorpommern zeigen positive Wirkungen bei der Vorlage und Neufassung von Landesgesetzen (z.B. Landesbauordnung). Solange gesellschaftlich bedingte Nachteile und Barrieren nicht beseitigt sind, müssen sie gesetzlich kompensiert werden. Daher bleibe – auch nach der Verabschiedung des SGB IX – auf der Tagesordnung, bereits bestehende und zusätzlich erforderliche Nachteilsausgleiche einheitlich gesetzlich zu regeln. Der behinderungsbedingte Mehrbedarf ist entsprechend zu berücksichtigen. Im Kern muss ein solches Nachteilsausgleichsgesetz die bisherigen Eingliederungshilfen für Behinderte aus dem Bundessozialhilfegesetz herauslösen und von ihrer Nachrangigkeit befreien. Dieses Konzept unterscheidet sich grundsätzlich von Forderungen nach einem „Leistungsgesetz“, die z.B. von CDU/CSU im Bundesrat erhoben wurden und eher auf Einsparungen durch Leistungskürzung gerichtet sind.“ scc

Gleichstellung jetzt

Hamburg braucht ein Gleichstellungsgesetz

Seit 1994 steht im Grundgesetz der Satz: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ An der tatsächlichen Benachteiligung und Aussonderung von Menschen mit Behinderung hat sich seitdem aber nicht viel geändert.

Noch immer brauchen zum Beispiel Kinobetreiber und Restaurantbesitzer keine spürbaren Folgen zu befürchten, wenn sie durch Stufen, zu schmale Türen oder zu kleine Toiletten körperbehinderte Menschen aussperren. Noch immer werden im öffentlichen Personenverkehr Fahrzeuge ohne Einstiegshilfen eingesetzt oder sogar neu angeschafft und die dafür Verantwortlichen können nicht bestraft werden. Noch immer können behinderte Kinder gegen ihren Willen in Sonderschulen unterrichtet werden. Noch immer müssen Menschen mit Lernschwierigkeiten, autistischen Verhaltensweisen oder Hirnschädigungen unfreiwillig in Behindertenwerkstätten arbeiten, weil für sie in der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Dienst keine Arbeitsplätze geschaffen werden. Noch immer haben hörbehinderte Menschen nicht das Recht, die Fernsehanstalten zu verklagen, weil diese nicht ausreichend Untertitel oder Gebärdendolmetscher einset-

zen. Noch immer können Internetdienste unbestraft blinde Menschen von der Nutzung ihrer Netzseiten ausschließen.

Die behinderten Menschen brauchen daher neben dem Schutz durch die Verfassung auch ein Gleichstellungsgesetz. Sie brauchen ein Gesetz, das eindeutig festlegt, was eine Benachteiligung ist, und das ihnen das Recht gibt, gegen solche Benachteiligungen auf Schadenserstatt zu klagen.



Nichts, rein gar nichts hätte sich ohne die Behindertenbewegung getan

Die Regierung von SPD und Grünen in Berlin arbeitet zwar an einem Gleichstellungsgesetz, aber wann es kommt und ob es dann den behinderten Menschen

wirklich nützt, ist ungewiss. Am 5. Mai, dem Europäischen Aktionstag für die Gleichstellung und gegen die Diskriminierung behinderter Menschen, werden daher auch in diesem Jahr in vielen Städten Aktionen für ein solches Gesetz stattfinden.

Viele Bereiche fallen darüber hinaus in die gesetzliche Zuständigkeit der Bundesländer, wie zum Beispiel die Rundfunkverträge, die Schulgesetze, die

Bauordnung, die Vergabe vieler staatlicher Mittel oder der öffentlichen Personennahverkehr.

In den meisten Bundesländern werden deshalb zusätzlich Ländergleichstellungsgesetze erarbeitet.

In Hamburg noch nicht

In Hamburg wurden im vergangenen Jahr nur die bestehenden Gesetze durch eine Kommission überprüft, ob sie Benachteiligungen enthalten. Diese Kommission hat ihre Arbeit leider nicht mit der Empfehlung für ein Hamburger Gleichstellungsgesetz beendet. Aus Äußerungen des Senats und von SPD und Grünen müssen wir schließen, dass es bei dieser folgenlosen Überprüfung bleiben soll.

Es ist höchste Zeit, dass Hamburg ein Gleichstellungsgesetz bekommt.

Verstärken wir daher den öffentlichen Druck auf den Hamburger Senat und die Bürgerschaft.

Solange, bis auch die behinderten Menschen in Hamburg ein eigenes Gleichstellungsgesetz haben.

(...)

1000 Mark für jedes Kind – Sinneswandel bei den Konservativen?

Die Diskussion in der Öffentlichkeit um Familienpolitik geht weiter, inzwischen hat sich der frühere Verfassungsrichter Paul Kirchhof in einem Rundfunkinterview mit dem Vorschlag eines Kindergeldes von 1000 DM pro Kind gemeldet. Wir dokumentieren im Kasten einige Kernthesen.

Weil der rechtsgestrickte Teil der Öffentlichkeit vor allem seine bevölkerungspolitischen Begründungen weiterverbreitet („die Deutschen sterben aus“), gerät etwas in den Hintergrund, dass auch die rechtskonservativen anzuerkennen beginnen, dass zu einer Politik für Kinder mehr gehört als Prämien fürs Zuhausebleiben von Frauen.

Man könnte es fast als Ironie bezeichnen, dass gerade die rechten und konservativen Auffassungen zur Familienpolitik sich als Ursache für niedrige Geburtenraten herausstellen. Es ist vermutlich kein Zufall, dass in Westeuropa die Staaten mit einer faschistischen Vergangenheit von Heldenvater und Mutterkreuz die niedrigsten Geburtenraten haben: es sind dies neben Deutschland Italien, Spanien und Portugal.

Wie ist der Zusammenhang? Die Reproduktion in der modernen kapitalistischen Gesellschaft hat zwei Komponenten: eine individuelle und eine gesellschaftliche. Die individuellen Mittelflüsse werden über die Familie vermittelt und sind stark vom Einkommen abhängig. Deswegen ist klar, dass die Mittel aus Einkommen alleine in der großen Masse auf keinen Fall ausreichen (und ausreichen heißt eben nicht nur fürs Allernotwendigste, sondern für die Reproduktion des gewohnten Familienstatus). Ein Lohneinkommen, das für drei Kinder reicht, bezahlt unabhängig vom Familienstatus, ist nicht vorstellbar; und Familienkomponenten beim Lohn wirken diskriminierend auf dem Arbeitsmarkt. Also muss es öffentliche Transfers hin zur nachwachsenden Generation geben.

Bei diesen Transfers sind wiederum zwei Arten zu unterscheiden: die einen, die als Zuschuss an die Familie gezahlt werden, und gesellschaftliche, nämlich das Angebot an öffentlichen Gütern, ohne das die Erziehung von Kindern schon lange nicht mehr denkbar ist: Schulen, Kinderbetreuung, Subvention von Verkehrsmitteln usw. usf.

Die Zuschüsse an die Familien müssen sein, denn sie gewährleisten eine vielfältige und verschiedenartige Verwendung der Mittel, wo sich auch der Staat möglichst nicht einmischt sollte. Als Kriterium für die Verteilung bevorzugen wir als Sozialisten die Gleichmacherei: es sollte ein einheitliches Kindergeld sein,

die Höhe von 1000 DM wird schon ungefähr der richtige Betrag sein. Wogegen wir allerdings erhebliche Einwände haben ist die Idee mit den Steuerfreibeträgen, wie sie mit viel Liebe zum Detail auch vom Verfassungsgericht entwickelt worden ist. Denn damit findet eine Umverteilung statt, nicht etwa eine noch hinnehmbare zwischen Vielverdienern ohne Kindern zu Vielverdienern mit Kindern, sondern von Wenigverdienern ohne Kinder zur Mittelklasse.

Auch bei dem Angebot von öffentlichen Gütern ist eine egalisierende Wirkung anzustreben. Also wenn es schon selbstverständlich ist, dass die Hochschulen, die von vielleicht einem Viertel eines Altersjahrgangs genutzt werden, umsonst sind, dann sollte es noch viel selbstverständlicher sein, dass die Betreuung von Vorschulkindern gesellschaftlich finanziert wird.

Und hier kommen wir zurück zu der Frage, warum die Rechten und Konservativen mit ihrer Familienpolitik gescheitert sind: Sie stigmatisieren die Anspruchnahme von öffentlichen Gütern und zum Teil auch der individuellen Familienzuschüsse. Wer immer predigt, eigentlich müsste der Vater die Familie ernähren, eigentlich müsste die Mutter für die Kinder sorgen ... bringt Kinderbetreuung, vor allem von Kleinkindern in die Nähe von Sozialhilfe und Mangel. Wenn die Konservativen an diesem Punkt ein wenig zurückstecken, kann's einem recht sein, auch wenn die Begründungen mit der Bevölkerungspolitik unangenehm bleiben. (alk)

Verfassungsrichter a.D. Kirchhof

Autor: Michael Reissenberger, Gesprächspartner: Prof. Dr. Paul Kirchhof, Bundesverfassungsrichter a.D. Sendung: Sonntag, 15. April 2001, 12.45-13.00 Uhr, SWR2

Und wenn er [jeder Mensch] dann aus seiner eigenen Biografie seine Zukunft bedenkt und die Zukunft dieser Rechtsgemeinschaft, auch dieses Staatsvolkes, drängt sich ihm die Richtigkeit der These auf, dass wir in Zukunft daran gemesen werden, was wir für die Familien getan haben ... Also ich würde meinen, wenn man langfristig dazu käme, dass der Kindesbedarf pro Monat mit 1000 Mark angesetzt würde, weil das der Betrag ist, in dem sich das Kind frei entfalten kann... Und wenn man dann bewusst macht, dass die Familie mit mehreren Kindern entsprechend ein größeres steuerfreies Volumen hätte, dann könnte das eine Zukunftskonzeption sein, auf der man aufbauen kann. Allerdings durch einen ganz wesentlichen Zusatz. Das erste ist natürlich, dass dieser Staat die Familien, die kein ausreichendes Einkommen haben durch Zahlungen – Kindergeld – befähigt, ihren Kindern eine gewisse Chancengleichheit zu geben. Denn eine Steuerfreistellung hilft dem, der nicht genügend Einkommen hat, gar nichts. Und deswegen muss der erste Schritt sein, das Kindergeld.

Überwachen und Strafen made in USA

Das Interview übernahmen wir (stark gekürzt) aus der Schweizer Wochenzeitung (WoZ). Das Interview führte: David Barsamian, Übersetzung: Lotta Suter.

Sie beschäftigen sich als Theoretikerin und Aktivistin mit der Situation in den US-amerikanischen Gefängnissen. Anfang der siebziger Jahre wurden Sie selbst kriminalisiert. Als Bürgerrechtskämpferin haben Sie sechzehn Monate im Gefängnis zugebracht, die meiste Zeit davon in Isolationshaft.

Diese Erfahrung hat mich stark beeinflusst. (...) Kritische Menschen werden unausweichlich auf das stoßen, was wir in Analogie zum „militärisch-industriellen Komplex“ seit den Siebzigern als den „repressiv-industriellen Komplex“ bezeichnen. Die Zahl der Gefangenen hat sich in den USA seit 1970 verachtlicht. Mehr als zwei Millionen Menschen sitzen gegenwärtig hinter Gittern. Sieben Prozent sind Farbige, davon über die Hälfte AfroamerikanerInnen, sieben Prozent sind LateinamerikanerInnen. Und die indigene Bevölkerung hat die höchste Pro-Kopf-Gefangenenzrate von allen nationalen Minderheiten. (...)

Die AbolitionistInnen, die Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei, waren in den USA des 19. Jahrhunderts eine der wichtigsten sozialen Kräfte. Sie sprechen heute von „prison abolitionism“ – ist eine solche Bewegung in den USA heute gesellschaftsfähig?

Mehr und mehr Leute denken heute über die gesellschaftliche Funktion staatlicher Bestrafung nach. Die enorme Ausbreitung des Gefängniswesens geschah ohne große Proteste. In den letzten Jahren hat sich das etwas geändert. Mein eigener Zugang zur Knastbewegung ist durch radikale Ablehnung der Institution Gefängnis geprägt. Wir müssen Wege finden, um das Einsperren von Menschen zu minimieren. Nur vor diesem Hintergrund spreche ich überhaupt von menschlicheren bzw. weniger unmenschlichen Knästen.

Ihr Glaube an eine positive Reformierung des Gefängniswesens ist nicht sehr ausgeprägt?

Reformen sind eine schwierige Sache. Gewiss muss man über Reformen nachdenken, die den Menschen hinter Gittern das Leben erleichtern. Auf der andern Seite ist aus den historischen Reformen die Institution Gefängnis auch immer wieder gestärkt hervorgegangen. Michel Foucault hat in „Überwachen und Strafen“ die zentrale Rolle von Reformen für die Entstehung der modernen Gefängnisse beschrieben. Das Einsperren als Strafe war selber Resultat einer Reform, die die Todesstrafe und die Körperstrafe ablöste.

In den siebziger Jahren hat die Gefangenbewegung, der legendäre Aufstand von Attica und andere Gefängnisrevolten, in den USA Reformen erkämpft, die zunächst sehr wesentlich schienen. Die zeitlich unbegrenzte Haftstrafe wurde zum Beispiel damals abgeschafft. Heute sehen wir aber, dass die verhängten Haftstrafen im Durchschnitt dennoch länger geworden sind. So gibt es etwa die „Three-strikes-and-you-are-out“-Regel. Nach zweimaliger Verurteilung wegen schwerer Vergehen kommt unausweichlich der dritte „Schlag“: Eine erneute Strafe mit einer Haftdauer von 25 Jahren bis lebenslänglich. Auch diese Handhabung hat sich aus einer zunächst begrüßten und scheinbar strafmindernden Reform der Gesetzgebung entwickelt. Bei der Befürwortung von Reformen müssen wir also sehr genau aufpassen, dass sie nicht das Potenzial für ein noch härteres Bestrafungssystem enthalten. Reformen sollten das Gefängniswesen allgemein schwächen, sonst taugen sie nicht viel. Das sage ich vor allem auch in Hinblick auf die zur Zeit sehr aktive Bewegung gegen die Todesstrafe. Viele Leute argumentieren sehr defensiv. Sie sagen, die Todesstrafe solle abgeschafft werden, solange es nicht möglich ist zu garantieren, dass keine unschuldige Person in die Todeszelle gerät. Mit den neuen Methoden der Gentechnologie, dem genetischen Fingerabdruck, wird immer häufiger Schuld oder Unschuld naturwissenschaftlich begründet. Das finde ich äußerst problematisch, weil dabei so etwas wie ein wissenschaftlich legitimierter Schuldspurz gefällt wird. Die Todesstrafe ist aber unabhängig von naturwissenschaftlich erbrachten Schuld- oder Unschuldsbeweisen abzulehnen. Die Anti-Todesstrafen-Bewegung hat zudem eine Tendenz, die lebenslange Haft als Alternative zur Todesstrafe anzubieten. Dabei übersehen viele, dass lebenslange Haftstrafen in den USA in exzessiven Ausmaßen verhängt werden und dies ebenfalls zu bekämpfen ist. (...)

Seit Mitte der neunziger Jahre gibt dieser Staat mehr für Gefängnisse aus als für die höhere Bildung. Sie selber unterrichten an der University of California. Wie nehmen Sie diese Entwicklung wahr?

Das Erziehungswesen hat sich verschlechtert. Aufgrund einer erfolgreichen politischen Intervention der Rechten kommt die „affirmative action“, eine Art Quotenregelung für Minderheiten, nicht mehr zur Anwendung. Bei der Rekrutierung von Gefängnispersonal spielt die „affirmative action“ aber durchaus eine Rolle. Farbige werden als Personal in Kaliforniens Strafvollzug recht gern gesehen. Und ganz gewiss gibt es so etwas wie eine umgekehrte Quotenregelung, wenn es um Gefangene geht: Ein schwarzer Mann in Kalifornien landet mit fünfmal größerer Wahrscheinlichkeit im Gefängnis als auf einem staatlichen College oder der Universität.

Zuerst erschienen in „The Progressive“

Türkische Republik

Massenproteste gegen Wirtschaftskrise

Seit drei Wochen finden Massenproteste von Gewerkschaften, Händlern und Kleinhändlern gegen die Wirtschaftskrise statt. Mehrere Hunderttausend demonstrierten bisher in zahlreichen Städten des Landes. Zu schweren Auseinandersetzungen mit über 100 Verletzten kam es in Ankara, als etwa 70 000 Menschen bis zum Parlament marschieren wollten. Die Polizei stoppte die Menge mit Panzerwagen. Die Demonstranten fordern den Rücktritt der Ecevit-Regierung und ein Ende der IWF-Einmischung.

Kleinunternehmer und Händler sind in der Türkei traditionell ausgesprochen konservativ orientiert. Dass sie jetzt wütende Straßenproteste anführen, zeigt das Ausmaß der Wirtschaftskrise. Sie hat eine Abwertung der nationalen Währung um 43 Prozent gegenüber dem Dollar, astronomische Zinsen und schätzungsweise eine halbe Million Konkurse von Kleingeschäften ausgelöst. In Betrieben wird nur noch ein Teil des Lohnes ausgezahlt, bis zu 150 000 Menschen verloren sofort ihre Arbeit. Die Preise für Grundnahrungsmittel haben sich binnen weniger Wochen zwischen 50 und 100 Prozent verdoppelt.

Die Proteste nahmen an Heftigkeit zu, als Wirtschaftsminister Dervis das Sanierungsprogramm vorstellte: Senkung der Staatsausgaben Lohnstopp im öffentlichen Dienst. Diese Kürzungen gehen im Wesentlichen auf Kosten der Staatsangestellten und Bauern im gesamten Land. Den Staatsangestellten wurde bereits eine Nullrunde bei den kommenden Tarifverhandlungen in Aussicht gestellt, was bei einer Inflation von 60 Prozent ein erheblicher Einkommensverlust ist. Heftig wird es die Bauern treffen. Derzeit sind in der Türkei vier von zehn Türken in der Landwirtschaft tätig, erwirtschaften aber nur einen Anteil von 16 Prozent der Bruttowertschöpfung. Große Teile der Bauern leben davon, dass der Staat ihre Ernte zu einem festgelegten, in der Regel über Weltmarktniveau liegenden Preis aufkauft. Diese Subventionen sollen gestrichen und die staatlichen Firmen wie das staatliche Zucker- und Teemonopol Tekel sofort privatisiert werden.

Insgesamt sollen die Privatisierungen schneller vorangetrieben und das Banksystem reformiert werden. Das Militär stellte Rüstungsprojekte in Höhe von 19,5 Mrd. \$ vorläufig zurück.

Ministerpräsident Ecevit und Dervis hoffen auf Kredite aus dem Ausland. Der IWF will jetzt von den zugesagten 11 Mrd. \$ 6,5 Mrd. freigeben. Weitere 5 Mrd.

\$ möchte die Türkei von der Weltbank, 10 Mrd. \$ von den G7-Staaten und noch 10-12 Mrd. \$ von anderen Ländern. Aber bisher fließt kein Geld aus den G7-Staaten. IWF und Weltbank und auch der deutsche Finanzminister Eichel lobten das Sanierungskonzept, was anderes können sie sich sowieso nicht vorstellen. Eigentlich werden sie aber an die offenen 100 Mrd. \$ Kredite und die Zinsen denken. Bei der derzeitigen Inflation muss die Türkei von 1 Mio. eingenommenen Lira 950 000 für Zinszahlungen aufwenden. Nachdem Ecevit dann noch erneute Steuererhöhungen ankündigte, brach die Lira weiter ein.

Die deutschen Appelle auf Unterstützung der Türkei stoßen aber bislang nur bei wenigen G7-Partnern auf offene Ohren. Vorbehalt gibt es unter anderem in Großbritannien und Kanada. Auch das türkisch-französische Verhältnis ist getrübt, seit die Pariser Nationalversammlung im Januar die Massaker der Türken an Armeniern im Jahr 1915 als Völkermord anerkannte und Ankara im Gegenzug alle französischen Unternehmen von öffentlichen Ausschreibungen in der Türkei ausschloss. Der US-Finanzminister will angesichts der Korruption und Misswirtschaft in der Türkei kein Geld geben, Außenminister Powell verlangt aber Finanzhilfen aus strategischen Gründen.

Die Türkei hat in den letzten 50 Jahren unzählige Krisen, drei Militärschüsse und eine andauernde hohe Inflation erlebt. Doch dieses Mal ist die Ratlosigkeit allgemein. Es sind kaum mögliche politische Alternativen sichtbar. Nach Umfragen erhielten zwei der Regierungsparteien bei Wahlen derzeit unter zehn Prozent. Nur die MHP-Faschisten und die Islamisten würden in das Parlament einziehen.

Der Vorsitzende der Handelskammerunion (TOBB), Fuat Miras, hat mit der Armeeführung diskutiert. Details über das Treffen beim Generalstab wurden nicht bekannt. In der Öffentlichkeit forderte Miras zwar noch einmal den Rücktritt der Regierung, die das Vertrauen der Bevölkerung verloren habe. Seine Forderung nach einer neuen Regierung blieb aber ohne positive Antwort.

Die türkische Armeeführung steckt in einem Dilemma. Vor einem offenen Putsch schreckt das Militär bisher zurück, die Bildung einer „Nationalen Regierung“ würde aber den Einbezug der Islamisten bedeuten, was die Generäle entschieden ablehnen. Eine andere Alternative innerhalb des demokratischen Rahmens gibt es nicht. Aus Angst vor Neuwahlen lehnt auch der einflussreiche

Industriellenverband Tüsiad den Rücktritt der Regierung ab und fordert lediglich eine Kabinettsumbildung.

Die Wirtschaftskrise hat sich längst zu einer tiefen Staatskrise ausgeweitet. Zu den vielen ungelösten Problemen gehören dabei auch der Umbau der Gesellschaft für einen EU-Beitritt, die Abschaffung des Korruptions- und Mafia-Systems von Politik und Wirtschaft, der Zypernkonflikt, der Hungerstreik gegen die F-Typ-Gefängnisse und nicht zuletzt die kurdische Frage. In der derzeitigen Lage ist die türkische Politik in allen Bereichen in der Bevölkerung heftig umstritten und verliert ihre Basen. An eine Reformierung der jetzigen Parteien oder an Fähigkeiten der Politiker glaubt kein Mensch. Daher sind weitere heftige Proteste, aber auch Reaktionen der Militärs zu erwarten.

rub

Die Situation im Hungerstreik

Ein furchtbares Ereignis findet unter den Augen einer monatelang weitgehend schweigenden europäischen Öffentlichkeit statt. Bis Redaktionsschluss sind in der Türkei 18 Menschen im Todesfasten gefallen, Gefangene, die teilweise seit über 180 Tagen jegliche Nahrung verweigern, aber auch drei Angehörige, die die Gefangenen mit dem verzweifelten Mittel des Todesfastens unterstützen. Über 100 Gefangene befinden sich unmittelbar am Abgrund des Todes, die Gesundheit vieler ist irreversibel zerstört, andere wurden durch die Brutalität der Zwangsernährung so schwer beschädigt, dass sie Krüppel bleiben. Rund 400 Menschen befinden sich noch im Todesfasten (das sie erst abzubrechen bereit sind, wenn ihre Forderungen erfüllt sind), darüber hinaus über 1600 im Hungerstreik (der sich vom Todesfasten dadurch unterscheidet, dass er jederzeit abgebrochen werden kann).

In Regensburg hat sich ein 37-jähriger Türke, der dort im Asyl lebte, mit Benzin übergossen und angezündet, nachdem er mit einem Transparent vor dem Gefängnis gegen den türkischen Staat und sein Gefängnisregime protestierte; er starb im Krankenhaus. Seine Frau, eine der Todesfastenden im Gefängnis von Kartal, liegt im Sterben.

Ungeachtet aller Initiativen von demokratischen Organisationen und Vereinigungen der Angehörigen politischer Gefangener verweigert die Türkische Republik bisher alle Vorschläge zur Lösung der Gefängniskrise. Mit harter Repression gegen jede Unterstützung des Todesfastens scheitert die Regierung die anfängliche Solidaritätsbewegung weitgehend ersticken zu haben. Allerdings gibt es inzwischen Anzeichen, dass sie nun doch unter Druck gerät. Das bürgerliche Lager fordert eine Gefängnisreform. Aus den Verhandlun-



Solidaritätsaktion in der BRD (Bild: Besetzung von Reuters, Köln)

gen, die zwar offiziell gar nicht stattfinden, real jedoch geführt werden, dringen Signale, dass die Regierung die Isolationshaft aufzuheben bereit ist, wenn die Gefangenen ihren Widerstand aufgeben. Die trauen der Regierung nicht, zu Recht. Der Minister hat zwar in einer scharfen Erklärung die Forderungen der Gefangenen – Aufhebung der Isolationshaft, aber auch medizinische Versorgung, Entlassung aller kranken, haftunfähigen Gefangenen, Abschaffung des Anti-Terror-Gesetzes, Auflösung der Staatssicherheitsgerichte – öffentlich zurückgewiesen. Gleichzeitig stellte er eine Gesetzesinitiative zur Änderung des Anti-Terror-Gesetzes vor, die vorsieht, dass sich zukünftig auch politische Gefangene an Gemeinschaftsveranstaltungen in Sporthallen und Bibliotheken sowie an berufsfördernden Maßnahmen beteiligen könnten, sofern sie nicht wegen aufrührerischen Verhaltens mit Disziplinarstrafen belegt seien – eine Gesetzesinitiative, die viel über die Situation der politischen Gefangenen aussagt. Die Initiative des Justizministers bezweckt wohl auch die Spaltung der Gefangenen. Es ist kein Geheimnis, dass einige hundert Gefangene kleinerer linker Organisationen, die sich nach dem Gefängnismassaker den Hungerstreikaktionen anschlossen, die neuen

Gefängnisse (F-Typ) zu akzeptieren bereit sind, wenn sie nur „europäischem Standard“ entsprechen, während die seit Ende Oktober hungerstreikenden Gefangenen aus der DHKP-C, TKP (ML) und TKIP die Auflösung der F-Typ-Gefängnisse fordern. In einer gemeinsamen Erklärung haben die Gefangenen der kleineren Organisationen jetzt jedoch den Gesetzentwurf zurückgewiesen. In der Erklärung heißt es: „Mit seinen Erklärungen hat der Justizminister seine Unterschrift unter das Sterben von Dutzenden weiteren Menschen gesetzt. Damit erwirkt er keine Lösung, sondern den Tod.“

Unterdessen hat der Europarat die türkische Regierung gemahnt, sich verstärkt um ein Ende des Hungerstreiks zu bemühen und Maßnahmen zu ergreifen, die den Gefangenen Vertrauen in die Gefängnisreform vermittelten. Aber sonst? Die europäischen Regierungen, die doch immer die Menschenrechte im Munde führen, schweigen. Auch Menschenrechtsorganisationen wie ai haben bis vor zwei Tagen keine Position bezogen.

Die Gefangenen sind es, die über die Fortsetzung des Hungerstreiks bzw. Todesfastens entscheiden, und ihre Entscheidung verdient Respekt und Unterstützung. Doch welche Perspektive hat dieses Mittel gegenüber einer Regierung,

die kaltblütig Menschen sterben lässt, anstatt endlich die Folter in den Gefängnissen zu beenden?

scc

Der Menschenrechtsverein in der Türkei ruft dringend zu Spenden auf, mit denen Medikamente besorgt werden, die von den todesfastenden Gefangenen benötigt, von den Angehörigen allein jedoch nicht aufgebracht werden können. In der BRD kann Geld auf das Konto der Informationsstelle Kurdistan e.V. gespendet werden:

PGB Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer: 3968-506, Kennwort: Hungerstreik



Beerdigung eines im Todesfasten Verstorbenen



Eingezäunt und umnebelt, so trafen sich die Apologeten des „Freihandels“ im kanadischen Quebec. Beschllossen wurde die Einrichtung einer Amerikanischen Freihandelszone, d.h. einer Zone ungehinderter Dominanz von US-Unternehmen. Dagegen rührte sich Protest. In Quebec selbst gingen Zehntausende Menschen auf die Straße. Aber auch in vielen anderen Städten Süd- und Nordamerikas protestierten die Menschen. Von Cuba aus, das nicht zur Konferenz in Quebec geladen war, grüßte Fidel Castro die Demonstranten, die „gegen die Verbrechen an den politischen und wirtschaftlichen Rechten der lateinamerikanischen Nationen“ auf die Straße gingen. (Bild: ND)

Proteste während des Treffens der EU-Finanzminister in Malmö

Eine Verzögerung der EU-Erweiterung ist wegen der instabilen Wirtschaft in einigen Kandidatenländern nicht ausgeschlossen. Das sagte Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) im schwedischen Malmö auf einem Treffen der EU-Ressortchefs. Erstmals trafen sie dabei mit ihren Kollegen aus den 13 Kandidatenländern zusammen. Unterdessen wurden 250 Globalisierungsgegner in Malmö vorübergehend festgenommen. Die Erweiterung müsse „wirtschaftlich vernünftig“ gemacht werden, sagte der französische Ressortchef Laurent Fabius. Die Finanzminister mahnten die Kandidatenländer, ihren derzeitigen Wirtschaftsboom solide zu finanzieren. Die Kommission warnte in einem Bericht vor „Stabilitätsrisiken“, wie sie auch bei der Asienkrise aufgetreten seien. Deutlich meldeten die Finanzminister in Malmö ein Mitspracherecht in den Beitrittsfragen an, die eigentlich in den Händen der Außenminister und der Kommission liegen. Zugleich wurde bekräftigt, dass keine zusätzlichen Hürden für die Erweiterung aufgestellt würden.

Die etwa 250 Globalisierungsgegner wurden nach Polizeiangaben gestern Abend festgenommen, nachdem einige Teilnehmer Steine, Flaschen und Ampullen mit übelriechender Flüssigkeit geworfen hätten. Zwei Demonstranten seien bei dem Einsatz verletzt worden. Die Demonstranten wandten sich gegen eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik. Einige forderten demnach den Austritt Schwedens aus der Europä-

ischen Union. Der ebenfalls festgenommene, linksgerichtete schwedische Europaparlamentarier Per Gahrton kritisierte die Polizeiaktion als „ungerechtfertigten Einsatz von Gewalt“. Quelle: Donau ZetNet

Zwei Jahre Balkan-Stabilitätspakt

Vor knapp zwei Jahren wurde der „Stabilitätspakt für Südosteuropa“ während des Kölner Wirtschaftsgipfels aus der Taufe gehoben. Nun hat die European Stability Initiative (ESI) gemeinsam mit dem Eastwest Institute unter dem Titel „Demokratie, Sicherheit und Zukunft des Stabilitätspaktes für Südosteuropa“ eine Studie vorgelegt, die die bisherigen Erfahrungen mit dem Stabilitätspakt resümiert. Die erste Phase des Stabilitätspaktes sei mit der Aufnahme Serbiens im Dezember letzten Jahres, der Umsetzung des 1,4-Milliarden-Dollar-Sofortprogramms und des Aufbaus regionaler Netzwerke erfolgreich abgeschlossen. Der Stabilitätspakt müsse sich die Erfahrungen mit der Integration Westeuropas zunutze machen und in einigen Schlüsselbereichen praktische Programme entwickeln, die innerhalb eines realistischen Zeitraumes auch umgesetzt werden könnten. Als besonders integrationsfördernde Projekte empfehlen die Autoren die Entwicklung eines regionalen Energiemarktes und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens. Die Studie macht dabei deutlich, daß die regionale Integration Südosteuropas nie losgelöst vom Rest Europas zu einem „regionalen Club“ führen dürfe.

Sofern die Bereitschaft bestehe, in einigen Schlüsselbereichen supranationale Institutionen aufzubauen, müßten diese von Anfang an in die Institutionen der EU integriert werden.

Vor diesem Hintergrund fordert die Studie, das Büro des Koordinators des Stabilitätspaktes zu stärken und finanziell besser auszustatten. Die Schieflage zwischen den Erwartungen, die in den Stabilitätspakt gesetzt worden seien, und seinen finanziellen Ressourcen sei kontraproduktiv und müsse korrigiert werden. Die Phase der „Sofortstartprogramme“ mit geringer regionaler Bedeutung müsse jetzt durch eine Phase regionaler Ausrichtung abgelöst werden, schreiben die Autoren der in Berlin ansässigen ESI. Ihrer Ansicht nach soll der Stabilitätspakt die Verantwortung für Fragen der Sicherheitspolitik, der Demokratisierung sowie die Achtung der Menschenrechte an bereits etablierte internationale Organisationen – etwa OSZE oder Nato – abgeben und sich allein auf die wirtschaftliche Integration und den Aufbau der dazu notwendigen Institutionen konzentrieren. Quelle: FAZ

Montenegro: Niederlage für die Befürworter der Lostrennung

Die Befürworter der Lostrennung und damit endgültigen Zerschlagung von Jugoslawien in Montenegro, der Präsident Djukanovic und sein Wahlbündnis „Der Sieg gehört Montenegro“, haben die Wahlen mit 42,1 % (35 Sitze) zwar knapp gewonnen, im Hinblick auf ihr Anliegen, im Falle eines Wahlsiegs ein Referendum über die Unabhängigkeit durchzuführen, jedoch kräftig verloren. Für ein Referendum ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich. Die Befürworter der jugoslawischen Föderation, das Oppositionsbündnis „Gemeinsam für Jugoslawien“, lag mit 40,7 % (33 Sitze) um nur 5000 Stimmen zurück. Die OSZE, die die Wahlen mit 3000 Beobachtern begleitete, sprach zwar insgesamt von fairen Wahlen, rügte aber im Einzelnen viele Manipulationen, u.a. dass die von Djukanovic aufgebaute Polizei massiv in den Wahlkampf eingegriffen habe und dass innerhalb der Polizei Druck ausgeübt wurde, „richtig“ abzustimmen. Wie es weiter geht, ist zur Zeit noch offen.

Selbst mit einem Bündnis mit den Liberalen, für das Djukanovic sofort nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses eintrat, ist an eine Zwei-Drittel-Mehrheit für die Lostrennung nicht zu denken. Die EU hat sich sofort auf das Wahlergebnis eingestellt, sie machte Finanzhilfe abhängig vom „Dialog mit Belgrad, der einseitige Maßnahmen ausschließt“, und die schwedische Präsidentschaft rief Djukanovic auf, „nicht weiterhin auf eine polarisierende Volksbefragung über die Unabhängigkeit zuzusteuern“. scc

Zusammenstellung: hav

STUTTGART. Während der Ostertage fanden in mehr als 60 Orten Deutschlands die traditionellen Ostermärsche der Friedensbewegung statt. Schwerpunkt in diesem Jahr waren die Forderungen nach einem Ende von Krieg und Gewalt und das Nein zu einer weiteren Militarisierung. Besonders viele nahmen in Stuttgart teil (*Bild*). Hier folgten 2–3 000 dem Aufruf vom Friedensnetz Baden-Württemberg, Deutschem Gewerkschaftsbund, ökumenischer Aktion Ohne Rüstung Leben, katholischer Friedensbewegung Pax Christi und der Deutschen Friedensgesellschaft. Zuvor blockierten mehr als 100 Pazifisten – bis zur Räumung durch die Polizei – die Zufahrtswege der Atomwaffeneinsatzzentrale der US-Armee für Europa, Afrika und den Nahen Osten in Stuttgart-Vaihingen. Begleitet wurde die Blockadeaktion durch eine Mahnwache vor dem EUCOM und einem Friedensgottesdienst mit gut 300 TeilnehmerInnen. Zu den bundesweiten Ostermärschen erklärt die Informationsstelle Ostermarsch: „Die Bundesregierung betreibt eine weitere Militarisierung der Politik. Die Friedensbewegung fordert eine friedenspolitische Wende. Diese Wende wird nur erreichbar sein, wenn der Druck außerparlamentarischer Kräfte im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf im kommenden Jahr und darüber hinaus erhöht wird.“ www.uni-kassel.de/fb10/frieden/presse/



Bild: Kai Göttert, Fotografie.

Die Bundesregierung verschleiert Handel mit Folterwerkzeugen

BERLIN. Diese Kritik von amnesty international an der Regierung bestätigt eine kürzlich vorgelegte Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine Kleine Anfrage der PDS im Bundestag zum Handel mit Folterwerkzeugen. Der Rüstungsexperte der deutschen Sektion von ai, Dr. Mathias John, kommentiert sie so: „Die Regierung verschleiert unter Verweis auf den Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen weiterhin, welcher Typ Elektroschock tatsächlich an welche Länder gegangen ist. Es ist nicht akzeptabel, dass diese Geheimnisse höherwertige Rechtsgüter als der Schutz vor Menschenrechtsverletzungen sind. Die gesamte Antwort bestätigt einmal mehr die Notwendigkeit unserer Forderungen nach gesetzlicher Festschreibung umfassender Transparenz und parlamentarischer Kontrollen vor einer Exportgenehmigung.“ Die Bundesregierung behauptet, dass im Wesentlichen Lieferungen von Viehtriebapparaturen, Betäubungszangen und Elektroschocker zum persönlichen Schutz genehmigt wurden. ai weist dagegen auf Berichte hin, dass auch elektrische Viehtreibestöcke zu Folterzwecken missbraucht werden und fordert eine internationale, unabhängige Untersuchung der Gefahren von Elektroschockwaffen und -ausrüstung. Bis zu deren Ergebnis müssten Einsatz und Export ausgesetzt werden. www.amnesty.de

Skandal bei der Münchner CSU

MÜNCHEN. Der Verband der Lesben und Schwulen in der Union (LSU) stärkt dem Stellvertretenden Vorsitzenden seines Regionalverbandes Süd, Alex Poettinger, im Streit mit der Münchner CSU-Spitze den Rücken. Poettinger droht der Ausschluss aus der Partei, nachdem der ihren Oberbürgermeisterkandidaten Albert Wolf öffentlich kritisiert hatte. Wolf

war mit seiner Unterstellung in die Schlagzeilen geraten, dass Homosexuelle zu viel Einfluss in der bayerischen Landeshauptstadt hätten. Erst jüngst hatte er auf einer CSU-Veranstaltung mit Blick auf einen Stadtrat der „Rosa Liste“ geäußert, es könne nicht angehen, dass ein schwuler Stadtrat mächtiger sei „als hunderttausende von anständigen Bürgern und CSU-Wählern“. Poettinger hatte solche Äußerung als „Peinlichkeit ohnegleichen“ bezeichnet und in einer Pressemitteilung geschrieben „Soviel Dummheit gehört bestraft, und sie wird von den Wählern bestraft werden.“ Der Vorstand von Poettingers CSU-Ortsverband lehnte einstimmig einen Ausschluss ab. Auch sein JU-Ortsverband und viele Mitglieder der Münchner JU-Spitze stärkten ihm den Rücken. „Nicht die Basis der CSU ist kleinkariert. Nur manche Funktionäre der Partei haben noch nicht begriffen, welches Jahrhundert wir mittlerweile schreiben“, erklärt LSU-Regionalvorsitzender Thole. www.lsvd.de

Antifaschistische Hochschultage „Kunst und Politik“ in Halle/Saale

HALLE. Die antifaschistischen Hochschultage werden organisiert von der AG Antifaschismus im StudentInnenrat der MLU Halle in Zusammenarbeit mit der AG Junge GenossInnen in und bei der PDS. Hier eine kurze Themenübersicht:



23.4.–6.5.: Ausstellung „Deportation Class“. 24.4.: Prof. Dr. Hanne Bergius „Zur Politisierung der Ästhetik – DADA Berlins Widerstände gegen den deutsch-nationalen „Geist von Weimar““. 25.4.: Ausstellung „autonome Plakatkunst“. 27.4.: Alfred Schobert „Regionalismus und Heidentum als Einfallstor der extremen Rechten“. 28.4.: Seminar dazu. 29.4.: Politische Trickfilme. 1. Mai-Woche: „Wir haben vergessen zurückzukehren“, Einwanderungsfilm aus der Sicht der 2. MigrantInnengeneration. 2. 5.: Dias und Ausstellung der Gruppe „Kunst&Kampf“ aus Göttingen. 4.5.: Film „Das Leben ist schön“ mit Diskussion über Art und Weise der Umsetzung des Gedenkens an die Shoah. 5.5.: Vortrag von Mitgliedern der Forschungsstelle Flucht und Migration aus Berlin zu den RZ-Prozessen. www.uni-halle.de/stura/referate/agantifa

Kritik an CDU-Hetzkampagne gegen Sozialhilfebezieher und Arbeitslose

FRANKFURT A.M. Als völlig haltlose Stimmungsmache kritisiert der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Ulrich Schneider, die jüngste Äußerung von CDU-Fraktionsvorsitzendem Merz und CDU-Generalsekretär Meyer, Sozialhilfebezieher hätten ein höheres Einkommen als Bezieher niedriger Erwerbseinkommen. Auch die vom Bundeskanzler losgetretene „Faulenzer-Debatte“ sei in diesem Zusammenhang rigoros zurückzuweisen. Fakt sei, dass allein lebende Bezieher niedriger Einkommen in Westdeutschland über 54 Prozent mehr Einkommen im Monat hätten als allein lebende Sozialhilfebezieher. In Ostdeutschland beträgt der Unterschied etwas mehr als 50 Prozent. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Studie des Kölner Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG). Selbst bei Ehepaaren mit drei Kindern betrage der Lohnabstand noch 15,3 bzw. 11,5 Prozent, so die ISG-Untersuchung. Die ISG-Exper-

tise widerlege auch die häufig unterstellte „Hängemattenmentalität“ kinderreicher Haushalte, die von Sozialhilfe leben, betont Schneider. „Die Quote der Ehepaare mit Kindern, die neben dem Sozialhilfebezug noch ein Erwerbseinkommen haben, ist überproportional hoch.“ Leider könnten die Familien von diesem Erwerbseinkommen allein jedoch nicht leben. Die Höhe des Lohnabstands spielt für die Erwerbsmotivation eindeutig keine Rolle. Schneider fordert beide Politiker auf, sich in der Öffentlichkeit zu korrigieren und bei den Familien im Sozialhilfebezug zu entschuldigen. Auch Kanzler Schröder sollte nun endlich erkannt haben, welch schädliche und populistische Diskussion er mit dem Faulenzer-Vorwurf an die Arbeitslosen losgetreten habe. www.infothek.paritaet.org

Für Gleichstellung und gegen Diskriminierung behinderter Menschen

HAMBURG. Die Regierung von SPD und Grünen in Berlin arbeitet zwar an einem Gleichstellungsgesetz, aber wann es kommt und ob es dann den behinderten Menschen wirklich nützt, ist ungewiss. Wie in vielen anderen Städten findet auch in Hamburg ein Aktionstag statt. Unter dem Motto „Hamburg braucht ein Gleichstellungsgesetz“ laden Hamburger Behindertenverbände am 4. Mai zu einer Diskussionsveranstaltung und am 5. Mai zur Demonstration ein. In Hamburg wurden im vergangenen Jahr nur die bestehenden Gesetze durch eine Kommission überprüft, ob sie Benachteiligungen enthalten. Diese Kommission hat ihre Arbeit leider nicht mit der Empfehlung für ein Hamburger Gleichstellungsgesetz beendet. Aus Äußerungen von SPD und Grünen muss geschlossen werden, dass es bei dieser folgenlosen Überprüfung bleibt. Durch die Aktionen soll der öffentliche Druck auf den Hamburger Senat und Bürgerschaft verstärkt werden, denn es ist höchste Zeit, dass Hamburg ein eigenes Gleichstellungsgesetz bekommt. *Lokalberichte Hamburg Nr. 8*

„Kieler Erklärung“ macht die Runde

KIEL. Auf dem Treffen des Runden Tisches gegen Rassismus und Faschismus am 3. April standen die Fortsetzung der Aktivitäten zur Flüchtlings- und Asylpolitik, die Kulturveranstaltung am 8. Mai und der weitere Umgang mit der Kieler Erklärung (siehe PB Nr. 8) im Mittelpunkt. Letztere soll nicht nur bei weiteren Auftritten von AntifaschistInnen in der Innenstadt verbreitet werden. Sie soll auch Gesprächsgrundlage für ein vom Kieler Bündnis angestrebtes und zu organisierendes landesweites Treffen antifaschistischer Organisationen und Initiativen sein. Des weiteren wird sie von Kieler IG-Metall-Kollegen in den IG Metall Bundesvorstand eingebracht, wo

darüber gesprochen werden soll, auf welcher inhaltlichen Grundlage die IGM sich an örtlichen antifaschistischen Bündnissen beteiligt. – In der Nachbereitung der Veranstaltung des Runden Tisches vom 27. März „Ist der Umgang mit Asylbewerbern und Flüchtlingen „organisierte Unmenschlichkeit?“ wurde diese überwiegend als informativ und gelungen eingeschätzt. In 2 Stunden konnte das Thema nicht annähernd so gründlich behandelt werden, wie dies notwendig wäre. Deshalb wird eine Folgeveranstaltung geplant, die sich mit der Auswirkung der „Entwicklungshilfe“-Politik und anderer Aspekte der Politik der europäischen Staaten auf Migrationsbewegungen befassen soll. Die Verantwortung z.B. der deutschen Politik für die Schaffung von Not und Elend und demzufolge von Fluchtgäuden in aller Welt herauszuarbeiten, öffentlich zu machen und Gegenstrategien zu entwickeln, ist sicher gerade für Gewerkschaftsorganisationen wichtig. Die am Tisch geäußerte Einschätzung, dass die intensive Beschäftigung mit diesem Thema vielen KollegInnen fremd ist, ist bestimmt richtig; im Interesse der Bekämpfung rassistischer Einstellungen in den Gewerkschaften selbst muss hier gegengesteuert werden. Am 8. Mai (Jahrestag der Befreiung vom Faschismus) wird der Runde Tisch eine Veranstaltung „Kultur gegen Rechts“ durchführen. Die Schirmherrschaft hat Stadtpräsidentin Kietzer übernommen.

www.sozialismus-jetzt.de/linx-01-08

Erneute Proteste gegen Zwangsvorladungen in der Ausländerbehörde

HAMBURG. Dienstag, 3. April. Das Bild ist schon fast zur Gewohnheit geworden: bunte Transparente gegen Abschiebungen und für Bleiberecht, laute Musik, die obligatorischen Absperrgitter der Polizei. Vor der Hamburger Ausländerbehörde haben sich – wie so oft in den letzten zwei Jahren – an die 50 Menschen v.a. afrikanischer Herkunft versammelt, um gegen die erneute Zwangsvorführung von Flüchtlingen zu protestieren. Diesmal ist wieder ein Vertreter der Botschaft von Sierra Leone zu „Gast“ in der Ausländerbehörde, um vermeintlich aus sei-

nem Land stammende, größtenteils jugendliche Flüchtlinge zu „identifizieren“ und damit deren Abschiebung zu ermöglichen. „Wir sind hier, um gegen die Zwangsvorführungen von afrikanischen Flüchtlingen zu protestieren und wir werden jedes Mal wieder kommen bis diese menschenverachtende Abschiebepolitik beendet ist“, so Senfo, einer der Veranstalter. Eine Mitarbeiterin von UNICEF, sie ist bereits über 80 Jahre alt, hat sich spontan entschlossen, einen kurzen Beitrag zu halten. In eindrücklichen Worten beschreibt sie die Situation in dem vom Bürgerkrieg gebeutelten Land und bringt ihre Fassungslosigkeit zum Ausdruck, dass dorthin Menschen abgeschoben werden sollen, die vor diesem Krieg hierher geflohen sind. Ein anderer Teilnehmer verliest einen Brief, den er anlässlich der erneuten Vorladungen an die Ausländerbehörde verfasst hat und in dem er die Verantwortlichen auffordert, sämtliche Waffenlieferungen unverzüglich einzustellen. Eine Vertreterin der African Refugees Association schildert die Situation der jungen afrikanischen Flüchtlinge, die auch ihre eigene ist, und wie die deutsche rassistische Ausländergesetzgebung ihnen jegliche Perspektive verbaut. *lc, Lokalberichte Hamburg Nr. 8*

Aktionen gegen die Residenzpflicht

BERLIN. Vom 17. bis 19. Mai finden bundesweit Aktionstage statt für die Abschaffung des gegen die Flüchtlinge gerichteten Residenzpflichtgesetzes. The Voice Africa Forum, die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen in Deutschland und verschiedene Flüchtlingsgruppen rufen zu Aktionen und Demonstration in Berlin auf: „Die Realität dieser Gesetze ist die Unterwerfung der MigrantInnen unter erniedrigende Polizeikontrollen. Diese Kontrollen finden auf der Basis von äußerlich sichtbaren Unterschieden zu den weißen Mehrheitsdeutschen statt. Bewegungsfreiheit ist nicht verhandelbar und sollte in jeder demokratischen Gesellschaft geschützt werden, denn sie ist die Grundlage, auf der sich die menschliche Persönlichkeit erst entwickeln kann.“

www.freespeech.org/inter/residenz



Es gibt viele Anzeichen dafür, dass die Konjunktur die sozialen Verwerfungen der letzten Jahrzehnte nicht ausgleicht, sondern weitere, spezielle Deformationen hervorbringt. Zur Illustration nur einige Beobachtungen aus den letzten Wochen: In München sieht die SPD eine Kappungsgrenze für Mietsteigerungen bei 20% auf 3 Jahre als Erfolg. Die von der Regierung erwarteten bzw. teils schon vereinbarten Tarifsteigerungen in

diesem Zeitraum werden, ca. 7% nicht übersteigen; ver.di (ötv) bemüht sich in München um eine Ballungszulage. Der Vorsitzende des Städte- und Landtages konstatiert, dass „reiche“ Kommunen reicher würden und „arme“ verarmten und beklagt vor einer Versammlung von ver.di, dass in Bayern für die selbe Arbeit – Busfahren im ÖPNV – Löhne zwischen 3000 DM und 5400 DM möglich seien. Der CSU-Politiker beklagt in der Gesellschaft „ver-

schämte Armut“ und „unverschämten Reichtum“ nebeneinander. Nun hat auch die Familie Quandt, Hauptaktionär der BMW-AG der Staatsregierung in Sachen Strukturpolitik die Grenzen gezeigt. Die nordbayerische Stadt Hof wurde als Standort eines neuen BMW-Werkes verworfen.

Fazit: Eine zusammenhängend begündete Tarif-, Sozial- und Genossenschaftspolitik tut not. maf

Warum gibt sich die Münchner SPD damit zufrieden, dass die Kappungsgrenze immer noch 20% beträgt?

Zur Erinnerung: Nachdem ab September 1998 die Kappungsgrenze für Mieterhöhungen von 20 auf 30 Prozent angehoben war, rollte durch München eine Mieterhöhungswelle beträchtlichen Ausmaßes. Vor allem noch preisgünstiger Wohnraum war betroffen, viele Mieterinnen und Mieter sahen sich mit den erhöhten Mieten in den finanziellen Ruin gedrängt. Nicht wenige mussten Sozialhilfe beantragen. Der Mieterverein München e.V. berichtete darüber in mehreren Pressegesprächen.

Neben älteren Langzeitmietern und Durchschnittsverdienern sind nämlich von der Anhebung der Kappungsgrenze vor allem auch die Bewohner ehemaliger Sozialwohnungen betroffen, die aus der Sozialbindung gefallen sind. Wenngleich auch dort die Mieten noch unterhalb der örtlichen Vergleichsmieten liegen, können die Mieter 30-prozentige Erhöhungen alle drei Jahre kaum verkraften. Schließlich waren sie einst zum Bezug einer Sozialwohnung berechtigt und in den wenigsten Fällen hat sich ihre Situation wesentlich gebessert, seit ihre Wohnung aus der Sozialbindung gefallen ist. „Selbst lebenslanges Wohnrecht, wie wir es beim Verkauf vieler Sozialwohnungen zumindest für behinderte und alte Mieter erkämpfen konnten, ist dann nichts mehr wert, wenn die Betroffenen die Miete nicht mehr zahlen können“, schimpfte damals die SPD-Stadträtin Gertraud Walter.

Um ein Umdenken der Bundesregierung und damit eine Senkung der Kappungsgrenze von 30 auf 15 Prozent herbeizuführen, startete der Mieterverein München am 1. Mai 1999 eine Unterschriftenkampagne. Erster Unterzeichner der Unterschriftenliste war Oberbürgermeister Christian Ude. Am Freitag, den 26. November 1999 war es dann soweit: Gertraud Walter, stellvertretende Vorsitzende des Mietervereins und SPD-Stadträtin übergab 8 000 Unterschriften der Münchner Mieterinnen und Mieter an die Justizministerin Hertha

Däubler-Gmelin in Berlin. Eindringlich wies die Mietervereinsvertreterin nochmals darauf hin, dass der Münchner Mietmarkt sich von der Situation anderer Städte unterscheide und eine Senkung

der Kappungsgrenze auf 15 % zumindest in Ballungsgebieten unumgänglich sei. Die Ministerin sagte zu, in ihrem Hause überprüfen zu lassen, ob im Rahmen der Mietrechtsnovelle, die im ersten Halbjahr des kommenden Jahres behandelt werden soll, eine Ausnahmeregelung für Ballungsgebiete in Betracht kommen kann.

Als in dem Entwurf zur Mietrechtsreform nur noch die 20 % angepeilt wurde, erklärte der Mieterverein in einer Presseerklärung: „Unsere Forderung, die Kappungsgrenze auf 15 % zu senken, besteht nach wie vor. Mit der geplanten Reduzierung auf 20 % wird nach über 2 Jahren lediglich das Niveau wiederhergestellt, das lange Jahre unter einer CDU/CSU/FDP-Regierung galt und erst seit 31.8.1998 auf 30 % angehoben wurde. Gerade in Zeiten, in denen Makler- und Vermieterverbände offen die Trendwende am Mietmarkt und die sich bereits

lungsräumen in Kürze wieder Goldgräberstimmung bei Vermietern und Spekulanten verbreitet. Dabei sollte nicht verkannt werden, dass München lediglich Vorreiter einer Entwicklung ist, die sich in absehbarer Zeit, auch nach Meinung der Makler, in anderen Gebieten ebenso verbreiten wird.“

Während diese Forderung nach Senkung der Kappungsgrenze auf 15 % vom Mieterverein verteidigt wurde, setzte sich die Stadtratsfraktion der SPD davon in einem Antrag vom 14.12.2000 an den Oberbürgermeister ab: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt sich beim Justizministerium dafür einzusetzen, die Senkung der Kappungsgrenze von derzeit 30 % auf 20 % bis spätestens 1.6.01 als Gesetz umzusetzen.“

Am 29.3.01 beschloss der Deutsche Bundestag das neue Mietrecht. Der Münchner Oberbürgermeister hörte seine Münchner „aufatmen“ und bezeichnet dieses Gesetz als grandiosen Erfolg. Dass nun statt 30%ige immer nur noch 20%ige Mietsprünge drohen wird von der SPD als Erfolgsstory verkauft. Bei den Einkommenszuwächsen der letzten Jahre ist aber leicht erkennbar, dass das Gelbe vom Ei nicht herausgekommen ist.

Selbst der SPD-Bundestagsabgeordnete Christoph Moosbauer musste bei der Vollversammlung des Mieterbeirates am 5.3. zugeben, dass für Münchner Verhältnisse die 20%-Kappungsgrenze zu viel seien. Deshalb sei er auch für eine Regionalisierung auf Landes- oder auf die kommunale Ebene, was allerdings bis zum 1.6. nicht mehr zu schaffen sei. Gegenüber der Forderung nach einer Nullrunde, also der Festschreibung der Mieten auf dem erreichten sehr hohen Münchner Niveau wenigstens für ein paar Jahre oder der Anpassung der Mieten nach der jeweiligen Inflationsrate hat auch er Bedenken, weil dann keine Investitionen, Renovierungen und Modernisierungen gemacht werden würden. Um dies entsprechend zu untermauern nannte er die Städte Prag und

Moskau, wo Menschen unter erbarungswürdigen Zuständen leben müssen. Wer will bei solchen Aussichten noch dafür eintreten, dass das Münchner Hochmietniveau gesenkt wird? dil



deutlich zeigenden Mietsteigerungen bejubeln, wäre es Pflicht der Bundesregierung, lenkend und stabilisierend einzutreten. Nur so könnte verhindert werden, dass sich in westdeutschen Bal-

Eine erste Antwort könnte lauten: Der neue genossenschaftliche Wohnungsbau kann mittelfristig zu einem stabilen, kostengünstigeren Mietniveau in München beitragen, wenn den Genossenschaften nicht nur auf die Schulter geklopft wird, sondern die Stadt städtische Grundstücke, ob Alt- oder Neubau, zu günstigen finanziellen Bedingungen zur Verfügung stellt. Die WOGENO als kleine, junge Mietwohnungsbaugenossenschaft konnte nur bei erheblichen unentgeltlichen Einsatz vier Projekte in München verwirklichen.

Das Genossenschaftsprinzip

Vermietungsgenossenschaften sind Kapitalgesellschaften auf Selbsthilfebasis. Nicht die Menge und die Verwertung des eingebrachten Kapitals, sondern die Personen mit ihren eigenen Bedürfnissen sind entscheidend für die Geschäftstätigkeit der Genossenschaft. Damit sind die Träger und Nutzer der Genossenschaftsleistung identisch. Genossenschaften dienen nicht der Kapitalmehrung, sondern der Sicherung preiswerter Dienste, der Überschuss wird nicht nach Kapitaleinsatz, sondern zur Verbilligung der Dienste (hier, der Nutzungsgebühr = Miete) verteilt. Der Zusammenschluss dient und fördert die wechselseitige Unterstützung auf finanziellem (Spareinlagen bei Geldinstituten, Sparbriefe, Bürgschaften) und sozialem (Nachbarschaftshilfe) Gebiet.

Am Anfang können Wohnungsbaugenossenschaften keine Billigmieten erzielen, da jedes Haus sich selbst rechnen muss und die erste Generation besonders stark belastet ist. Erst mittelfristig werden die Mieten in den Häusern deutlich unter Marktniveau liegen, da die Genossenschaften kein Interesse an marktüblichen Mietsteigerungen, sondern die Kostenmiete als Prinzip haben. Damit werden Häuser dem Spekulationsmarkt entzogen.

Die Wohnungsnutzer erwerben ein Dauernutzungsrecht auf Lebenszeit.

Die WOGENO e.G.

Die WOGENO e.G. München existiert seit 1993. Sie wurde aus der Motivation heraus geboren, dem zunehmenden Existenzkampf auf dem wohn- und sozialpolitischen Feld neue Zeichen entgegen zu setzen und Alternativen zu Vereinzelung und dem Shareholdervalue zu entwickeln. Es gab kein einzelnes konkretes Häuserprojekt als Gründungsmotivation, sondern die Gründung basiert aus einem expliziten (kommunal)politischen Anspruch. Im Augenblick hat die WOGENO ca. 500 Mitglieder, 4 Häuser mit 90 Wohnungen in denen ca. 200 Mitglieder wohnen. Die WOGENO versteht sich als Dachorganisation,

die Häuser werden von den Bewohnern selbstverwaltet.

Ein Projekt: Johann-Fichte-Straße 12 in Nordschwabing

Der Stadtrat hatte 1996 beschlossen der WOGENO ein Grundstück am Ungererbad im Erbbaurecht zu überlassen. Dort sollte in Zusammenarbeit mit dem CBF (Club Behindertener und ihrer Freunde) ein

Neuer genossenschaftlicher Wohnungsbau – Ende der Wohnungsnot!?

Bei der Vollversammlung des Münchner Mieterbeirates am 5. März 2001 hatten zum Thema „Neuer genossenschaftlicher Wohnungsbau – Ende der Wohnungsnot!“ verschiedene neuere Genossenschaften Gelegenheit ihre Vorstellungen zu präsentieren, so die WOGENO München e.G., die Frauen Wohnen e.G. und die wagnis e.G. Wir dokumentieren den Vortrag, den Thomas Kremer, der auch im Aufsichtsrat der WOGENO aktiv ist, auf dieser Versammlung gehalten hat.

ten zwischen 9,70 bis 18,50 (im freifinanzierten Bereich) ermöglicht. Die Planung des Gesamtentwurfs und Grundrisse konnten die Bewohner mit den Architekten abstimmen. Dies führte zu einer hohen Zufriedenheit und Identifikation mit dem Haus. Es wurden viele handwerkliche Tätigkeiten beim Innenanstrich, Bodenbeläge und den Außenanlagen als Kapitalersatz geleistet. Der Hausgemeinschaft stehen eine Dachterrasse, ein Gästewohnungsbau, ein Gemeinschaftsraum und ein Carsharingangebot (von Stattauto) zur Verfügung. Das Gemeinschaftsleben wird durch die Gegebenheiten des Baus vereinfacht, wie es sich entwickelt, hängt von den Bewohnern selbst ab.

Die notwendigen Rahmenbedingungen

Auf Grund der hohen Bodenpreise können solche genossenschaftliche Projekte, die günstigen und langfristig gesicherten Wohnraum im Bereich der öffentlichen Förderung schaffen wollen, nur mit Finanzierungsangeboten der LH München funktionieren. Kommunalpolitische Steuerungsinstrumente sollten dabei sein: Vermehrte Vergabe von Erbbaurechten, sowie Grundstückserwerb und Baudarlehen über zinsgünstige kommunale Darlehen. Die LH München kann nicht auf der einen Seite Grundstücke zu Höchstpreisen auf den Markt werfen und gleichzeitig von den Vermietungsgenossenschaften verlangen, sich an diesen Ausschreibungen zu beteiligen. V.a. kleine Wohnungsbaugenossenschaften können den hohen Kapitalbedarf nicht aufbringen und wollen und können nicht von ihren Mitgliedern Nettokaltmieten von 30,- DM/qm verlangen.

Darüber hinaus ist eine flexiblere Haltung beim Stellplatzschlüssel notwendig. Haushalte ohne Auto finanzieren die Stellplätze der Haushalte mit Auto(s) mit. Bei der Auflage für jede Wohnung einen Stellplatz errichten zu müssen, werden die Baukosten in die Höhe getrieben und die autofreien Haushalte und Carsharingnutzer massiv benachteiligt.

Weitere Informationen zu Wohnungsbaugenossenschaften und zur WOGENO eG sind unter www.wogeno.de zu finden.

WOGENO München eG: Projekte

WOGENO München eG
Genossenschaft für selbstverwaltetes, soziales und ökologisches Wohnen

projekte

inhalte | ziel | who's who: selbstdarstellung
das genossenschaftsprinzip | das WOGENO-prinzip
projekte | finanzierung | news
infos / feedback

Als logische Konsequenz unseres Ansatzes haben sich in den einzelnen Projekten unterschiedliche Schwerpunkte gebildet.



Der Kampf gegen spekulative Vertreibung brachte die Hausgemeinschaft der Agnesstr. 66 zur WOGENO. Sie steht für ein "ganz normales Miethaus", in dem nun junge und alte Menschen die Freuden und Leiden der Selbstverwaltung kennenlernen.

Leithema des Renovierungsprojekts in der Metzstraße 31 ist eine behutsame und ökologische Modernisierung. Dabei werden Qualifizierungsmaßnahmen am Bau und die nachhaltige Hausbewirtschaftung im Rahmen der lokalen AGENDA 21 einbezogen.



Das Haus in Riem ...

Das Neubauprojekt in der Messestadt Riem verfolgt von Anfang an das Ziel, ökologisches, kosten- und flächensparendes Bauen sowie autoreduziertes Wohnen zu verknüpfen.

Die im Moment freien Wohnungen finden Sie unter News.



Das Neubauprojekt Johann-Fichte-Str. 12 hat das Zusammenleben Behinderter und Nichtbehinderter zum Ziel.

Neugierig? e-mailen Sie uns: info@wogeno.de

Weitere Informationen über alle Projekte: siehe Projektdata

Zusammenleben behinderter und nichtbehinderter Menschen gefördert werden. Es entstanden 32 Wohneinheiten in Niedrigenergiebauweise innerhalb eines öffentlichen Fördermix, der Nettokaltmiete-

Wie Lebensqualität steuern

GÜTERSLOH. Das internationale Städtenetzwerk Cities of Tomorrow sammelt und analysiert die wichtigsten kommunalen Quality-of-Life-Indicator-Programme weltweit. Die größte Schnittmenge und die besten Indikatoren sollen gefunden und aufbereitet werden. Vor allem aber wird analysiert, wie und wer mit den gemessenen lokalen Lebensqualitäten steuert, welche Rolle die Ratsmitglieder dabei spielen und wie das politische Controlling konkret zur Weiterentwicklung der Stadt und zur Zufriedenheit der Bürger beiträgt. Die Studie wird zusammen mit der Bertelsmann Stiftung von der Stadt Phoenix, dem Wissenschaftszentrum Berlin und Prof. Dr. H. Hill, Hochschule für Verwaltungswissenschaft in Speyer, durchgeführt. Zwischenergebnisse (englischsprachig) sind ab Ende Juni zu finden unter: www.cities-of-tomorrow.net

Bürgerkommune und aktivierender Staat

KASSEL. Im Februar führten Bündnis 90/Die Grünen einen kommunalpolitischen Kongress zu diesem Thema durch. Es fanden 6 Workshops statt: 1. Bürgerbeteiligung und neue Informationstechnik, 2. Sind grüne Rathäuser bürger näher?, 3. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, 4. Bürgerkommune und Beteiligungsverfahren am Beispiel Lokale Agenda 21 und Soziale Stadt, 5. Stadtmarketing und/oder demokratische Stadtentwicklung, 6. Bürgerkommune und kommunale Selbstverwaltung in Europa. Ein Kongressbericht ist zu finden unter www.gruene.de/akp-redaktion/kongress.htm

Junge Menschen für die Kommunalpolitik gewinnen STARNBERG. Der Fraktionssprecher von Bündnis 90/Die Grünen hat im Kreistag Starnberg einen Antrag eingebracht, mit dem die Verwaltung beauftragt wird, in Zusammenarbeit mit dem Kreistag ein Programm für Klassen und Arbeitsgemeinschaften sämtlicher Schulen im Landkreis sowie mit interessierten Gruppen aus Jugendzentren, Vereinen und Verbänden auszuarbeiten, das jungen Menschen Möglichkeiten bietet, einen Einblick in die kommunalpolitische Arbeit des Kreistags und der Verwaltung zu nehmen. „Hierbei soll die Möglichkeit geboten werden, sowohl durch einen Besuch an den kommunalen Entscheidungsprozessen teilzunehmen, als auch die Kommunalpolitik durch Vorträge in den Schulen und Gruppen transparenter zu machen.“

www.grids.net (Button: Anträge)

Antirassismus und Gleichstellungs-politik in der Kommune KÖLN. Auf Anfrage der PDS musste die Verwaltung eingestehen, dass die Zahl rechtsextremer Gewalttaten in Köln um 80% zugenommen hat. Die PDS-Stadträtin Sen-

gül Senol fordert in ihrer Haushaltsrede: „Als Rat müssen wir dabei unserer Verantwortung gerecht werden. Wir fordern diesbezüglich die Verstärkung präventiver Maßnahmen. Insbesondere die Lehrerfortbildung muss verstärkt werden. Außerdem müssen die Arbeit von Sozialarbeiterinnen und antirassistischen Projekten gefördert werden, insbesondere die Dokumentationsstelle gegen Rechtsextremismus. Eine Antidiskriminierungsbeauftragte muss endlich bestimmt werden ... Für eine zeitgemäße interkulturelle Arbeit reicht das bereits 1977 entwickelte Maßnahmeprogramm zur Integration aller Zuwanderer nicht mehr aus. Es bedarf zur Integration einer stärkeren Einbindung der Migranten in die politischen Entscheidungsprozesse ... Der Ausländerbeirat hat nur geringe rechtliche Kompetenzen, und seine finanziellen Mittel sind nur begrenzt ... Insoweit fordern wir eine Aufstockung der finanziellen Mittel für den Ausländerbeirat ... An zahlreichen Schulen gibt es islamischen Unterricht, die alevitische Lehre wird nicht berücksichtigt. Von diversen alevitischen Zentren wird nur eins unterstützt, obwohl in Köln nach Verwaltungsangaben 20 000, nach diesseitiger Schätzung über 60 000 Aleviten leben. Wird fordern die Einführung der alevitischen Lehre an den Schulen.“

Darüber hinaus forderte Sengül Senol die Ausweitung von Pilotprojekten für muttersprachlichen Unterricht an Kölner Schulen auch auf die Sprachen Kirmanc – Zaza und Kurmanci – Kurdisch. Platzjabbeck, Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln, Nr. 4

Zukunft der Sparkassen BERLIN. Die Marke „Sparkasse“ muss aus Sicht der drei kommunalen Spitzenverbände Deutscher Städetag, Landkreistag und Städte- und Gemeindepunkt erhalten bleiben. Sie schließen eine Änderung an den Haftungsgrundlagen der Sparkassen – wie zum Beispiel die Gewährträgerhaftung – nicht aus, knüpfen sie aber an klare Voraussetzungen. Die Kommunen legen als Gewährträger der Sparkassen größten Wert darauf, dass diese Kreditunternehmen als kommunale Unternehmen mit öffentlichem Auftrag und regionaler Orientierung erhalten bleiben. Die Spitzenverbände betonen, dass es sich bei der Anstaltslast und Gewährträgerhaftung nicht um Beihilfen im Sinne des EU-Vertrages handelt, sondern um Haftung für eigenes unternehmerisches Handeln. Diese Rechtsauffassung teilt die EU-Kommission nicht. Um jedoch langwierige Rechtsstreitigkeiten und damit eine belastende Marktposition der Sparkassen zu vermeiden, sind die Kommunen um einen gemeinsamen Lösungsweg mit der EU-Kommission bemüht.

www.landkreistag.de
Zusammenstellung: baf

Kämpfe um Standortsicherung, gegen Entlassungen und Outsourcing

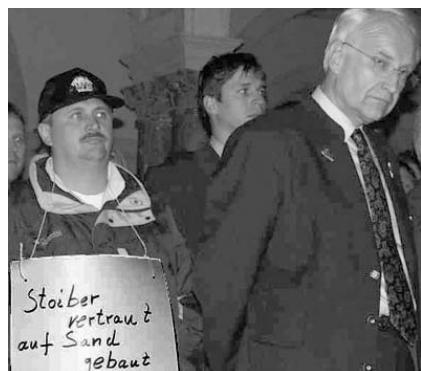
Metallindustrie Nordbayern

Insbesondere in den traditionellen nordbayerischen Konzernen der Automobilzuliefer-, Elektro- und Stahlindustrie herrscht im Rahmen der globalen Neuausrichtung und Restrukturierung der Konzerne die Tendenz zu Verlagerungen und Personalabbau vor. Im folgenden einige Beispiele aktueller Auseinandersetzungen.

c/s

Maxhütte, Amberg: Betriebsversammlung in der Staatskanzlei

Maxhütten-Beschäftigte besuchten bayerischen Ministerpräsidenten – „Betriebsversammlung“ in der Staatskanzlei zu München: 250 Maxhütter kamen an den Arbeitsplatz von Ministerpräsident Edmund Stoiber, um unmissverständlich klar zu machen, dass die Stahlarbeiterinnen und -arbeiter mehr Engagement für die Rettung der Maxhütte erwarten (Bild). (Quelle: Webseite der IG Metall Bayern)



Takata-Petri AG, Aschaffenburg: Proteste gegen Personalabbau

Die japanische Takata Corporation, Tokio, hat die Mehrheit an der Petri AG, Aschaffenburg, (u.a. drei Werke in Unterfranken, weltweit 5500 Beschäftigte) erworben. Durch den Zusammenschluss (Takata-Petri AG) ist einer der weltweit größten Anbieter von automobilen Sicherheitssystemen mit hervorragender Position in allen wesentlichen Märkten und bei den führenden Automobilkonzernen entstanden. Am 4. April wurden Betriebsrat und Belegschaft von der Geschäftsleitung darüber informiert, dass beabsichtigt ist, in den kommenden zwei Jahren 633 Arbeitsplätze am Standort Aschaffenburg ab zu bauen. Die Information kam für den Betriebsrat völlig überraschend, insbesondere die Größenordnung des beabsichtigten Personalabbau (25 Prozent der Gesamtbelegschaft) wird weder vom Betriebsrat noch von der



Proteste der Takata-Petri-Belegschaft in Aschaffenburg

Belegschaft tatenlos hingenommen.

Am 10. April 2001 protestierten 1400 Beschäftigte der Takata Petri AG gegen den beabsichtigten Abbau von 633 Arbeitsplätzen trotz Drohung der Vorgesetzten mit arbeitsrechtliche Konsequenzen (siehe *Bild*).

Die Geschäftsleitung wurde aufgefordert, jegliche Angriffe auf einzelne Beschäftigte zu unterlassen und ihre Haltung zur Zukunftsentwicklung des Unternehmens zu überdenken, damit die Verhandlungen, voraussichtlich in der 17./18 KW, mit einer positiven Grundstimmung beginnen können.

(Quelle: Webseite der IG Metall-Verwaltungsstelle Aschaffenburg)

Grundig, Nürnberg: Banken und Grundig-Eigentümer gefährden Unternehmen

Mit der Forderung der deutschen Banken nach einem Restrukturierungskonzept von Grundig, ohne bisher auch nur eine müde Mark für das Unternehmen bereitzustellen, wird das gesamte Traditionunternehmen gefährdet, wenn dadurch das Aufsichtsratskonzept umgesetzt wird, die Fernsehproduktion in Langwasser zu schließen.

Bei einer Tagung der IG Metall-Vertreter der drei Grundig-Standorte Nürnberg, Fürth und Bayreuth forderten diese die Bayerische Staatsregierung auf, „das Sterben auf Raten von Grundig“ gemeinsam mit den Belegschaften und der IG Metall zu verhindern.

Als einen ersten Schritt sehen die IG Metall-Vertreter ein Gespräch mit Ministerpräsidenten Stoiber, Wirtschaftsminister Wiesheu, Vertretern der betroffenen Kommunen und Belegschaftsvertretern, um die Überlegungen, Konzepte und Forderungen darzustellen, um dem ökonomischen Unsinn ein Ende zu bereiten, sagte Werner Neugebauer, Bezirksleiter der IG Metall Bayern.

Die Banken üben schon jetzt einen unerträglichen Druck auf die Beschäftigten, insbesondere in Langwasser (Nürnberg), aus. So musste der Betriebsrat im Werk 16 (Langwasser), unter Hinweis auf laufende Bankengespräche, die für kommenden Montag geplante Betriebsversammlung verschieben. Neugebauer: „Hunderte dürfen nichts über die Situa-

tion bei Grundig und ihre mögliche Zukunft informiert werden, weil das Banken stören könnte. Das ist schlimmer als im Mittelalter und hat nichts mit moderner Personal- und Unternehmensführung zu tun.“

(Quelle: Webseite des IG Metall-Bezirks Bayern)

FAG Kugelfischer, Schweinfurt: Kegellagerfertigung nach Ungarn?

Für die Belegschaft

stehen große Entscheidungen an. Der Beschäftigungssicherungsvertrag – der betriebsbedingte Kündigungen ausschließt – läuft Ende des Jahres aus. Eine ernste Situation für alle! Ebenso gibt es Signale vom Vorstand, dass der Gemeinschaftsbetrieb im April 2002 nicht mehr weitergeführt werden soll. Zusätzlich drohen einschneidende Veränderungen für verschiedene Einzelgesellschaften und Werke.

Deshalb haben die Arbeitnehmer-Vertreter und die IG-Metall eindeutig Positionen in einer „Gemeinsamen Erklärung“ bezogen und dem Vorstand überreicht. Vorrangiges Ziel ist es, in allen deutschen Standorten den Gemeinschaftsbetrieb zu erhalten, die Beschäftigungssicherung zu verbessern und fortzuschreiben, sowie die Arbeitsplätze zu erhalten. Dazu wird die gesamte Kraft der Belegschaften erforderlich sein.

Der Vorstand der AT hat am 22.1. der Belegschaft das Konzept für die „Neuausrichtung“ vorgestellt. Es beinhaltet Verlagerungen der gesamten Kegellagerfertigung in den neuen Standort Ungarn, eine Kooperation mit Wettbewerbern – sprich Fremdproduktion – für die Rillenkugellager der AT. Des weiteren organisatorische Veränderungen (Erweiterung auf 3 PUs, Bildung von Business-Teams, Überprüfung der internen Prozesse, Kosten senkungs-Programme und Preiserhöhungsbestrebungen).

Wenn das Konzept so durchgezogen würde, hätte es – nach Arbeitgeber-Aussagen – den Abbau von 290 Arbeitsplätzen zur Folge. Offiziell spricht man davon, dass es zu keinen betriebsbedingten Kündigungen kommen wird, mit dem unverbindlichen Zusatz: „nach heutiger Marktlage“!

In einer Unterschriften sammlung sprachen sich 800 Beschäftigte für die Absicherung der

Arbeitsplätze und für die Beseitigung von Problemen aus, die die Belegschaft Tag für Tag nerven und behindern.

Der Wirtschaftsausschuss, die Arbeitnehmer-Vertreter im Aufsichtsrat der AT und der Betriebsrat sprachen sich klar gegen das Konzept aus, „da die vorgelegten Unterlagen für die Neuausrichtung der AT für uns nicht schlüssig, nicht ausreichend durchdacht und beschäftigungsvernichtend sind“. Am 5.2. wurde dazu ein Fragenkatalog mit 8 Seiten übergeben, auf die negativen Erfahrungen von Verlagerungen in der Vergangenheit bzw. die Gefahren dabei hingewiesen (Beispiel China und Ungarn).

SKF: Gegen Outsourcing der EDV

Die SKF-Konzernleitung hat entschieden, den gesamten EDV-Bereich an den US-amerikanischen EDS zu verkaufen. Weltweit sind davon ca. 700 Mitarbeiter betroffen, am Standort Schweinfurt soll es sich um 100 Mitarbeiter handeln. EDS beschäftigt in Deutschland ca. 3 300 Mitarbeiter in kleinen Einheiten. Sehr bedenklich stimmt vor allem die Tatsache, dass EDS keine tarifvertraglichen Bedingungen akzeptiert, auch sind die künftigen Organisationsstrukturen heute noch nicht überschaubar. Für die SKF-Belegschaft und den Betriebsrat stellt sich die weitergehende Frage, ob der Verkauf der EDV-Abteilung als Anfang einer geplanten Zerschlagung von SKF zu verstehen ist. Am 4. April fand eine Abteilungsversammlung statt, in der die IT Kollegen/innen 3 3/4 Stunden mit der Geschäftsführung und dem Betriebsrat über den Verkauf der EDV diskutierten. Zum gleichen Zeitpunkt legten Kollegen in allen Schweinfurter SKF-Werken für eine Stunde die Arbeit nieder, um Informationen über das geplante Outsourcing zu erhalten. An einer außerordentlichen Betriebsversammlung am 5. April in der Kantine im Werk II (siehe *Bild*) nahmen die Kollegen aller Werke teil.

(Quelle: „Aktuell“, Information des IG Metall-Vertrauenskörpers bei SKF Schweinfurt)



→ Strategische Allianz FAG / NTN

Auf der Betriebsversammlung von FAG Kugelfischer am 19.3.2001 hielt der Betriebsratsvorsitzende Klaus Weingart eine Rede zu den Auswirkungen der strategischen Allianz zwischen FAG und dem japanischen NTN-Konzern:

„FAG und NTN treten in einen Prozess der Annäherung ein. Für den Anfang sind 6 Schwerpunkte festgelegt: Zusammenfassung standardnauer Rillenkugellager in speziellen Werken.

1. Die Produktion von Radlagern in Nordamerika soll effektiver werden.
2. Das Einkaufsvolumen mit ca. 3 Mrd. DM soll auf eine gemeinsame Lieferantenbasis gestellt werden.
3. Der Handel mit Industriewälzlagern in den USA soll über ein Joint-Venture erfolgen.
4. Entwicklung, Lizenzierung von Produkten, Forschung und Entwicklung und Prozesstechnologie sollen gemeinsam genutzt werden.
5. Zusammenarbeit beim elektronischen Handel

Diese Konkretisierung ist in allen Konsequenzen noch nicht absehbar. Sie beinhaltet durchaus auch Risiken.

In der Wälzlagerbranche ist es ein historisches Ereignis. Vermutlich wirkt die Allianz wie eine Initialzündung, die alle anderen Unternehmen veranlassen wird, nachzuziehen. Der Konkurrenzkampf wird sich deutlich verschärfen.

Am Ende kann sich die Einschätzung von Dr. Loos bewahrheiten, dass drei Allianzen den Markt beherrschen.

Auf der Ebene des Managements stellt sich die Frage nach den unterschiedlichen Mentalitäten. Ist zwischen japanischer und europäischer Kultur eine konfliktfreie Verständigung möglich? Reichen die gemeinsamen Interessen aus?

Oder setzt sich einer auf Kosten des anderen durch?

Auf der Ebene der Mitarbeiter ist noch lange nicht klar, ob am Ende die deutschen Standorte zu den Gewinnern oder Verlierern zählen. Die nächsten Jahre sind deshalb für uns als Interessenvertretung und Belegschaft eine lange Zeit der Unsicherheit. Auf Grund unserer eigenständigen Bewertung der Rahmenbedingungen des Wälzlagermarktes, die ich vorab dargelegt habe, stimmen wir trotz aller Risiken der strategischen Allianz zu. Diese Zustimmung macht aber nur Sinn – daran ist sie gekoppelt – wenn der FAG-Vorstand im Gegenzug ein Mindestmaß an Sicherheit für die Mitarbeiter vereinbart. Wir wollen:

- die Fortführung der Gemeinschaftsbetriebe
- einen Standort- und Beschäftigungssicherungsvertrag für alle Gesellschaften.“

Quellen: „Durchblick“ Nr. 65 (Information der IG Metall-Vertrauensleute bei FAG Kugelfischer) vom Februar 2001 und nachrichten & standpunkte (linkes Lokalblatt in Schweinfurt)



„... und in welcher Gewerkschaft warst du früher?“

ver.di

Mit erstaunlich deutlichen Mehrheiten haben die außerordentlichen Gewerkschaftstage von DAG, DPG, HBV, IG Medien und ÖTV Mitte März die Fusion zur gemeinsamen „Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft“ – kurz ver.di – beschlossen. Allen Gerüchten und Unkenrufen zum Trotz, die von interessierter Seite (von konkurrierenden Gewerkschaften bis zu Teilen der Gewerkschaftslinken) immer wieder ins Spiel gebracht wurden.

Dementsprechend war die Stimmung auf dem ver.di-Gründungskongress gut. Es herrschte Erleichterung, wenngleich die Aufbauarbeit erst jetzt so richtig ansteht und die Organisation sich auch noch einige Zeit weiter vorrangig auf sich selbst konzentriert.

95,9% der Delegierten¹ haben dem ersten Bundesvorstand – mit dem Grünen Frank Bsirske an der Spitze – ihre Zustimmung gegeben, ein fast beängstigendes Ergebnis, weil es eigentlich nicht mehr gesteigert werden kann. Die bisherigen Gewerkschaftsvorsitzenden von DAG (Roland Issen), DPG (Kurt van Haaren) und IG Medien (Detlef Hensche) sind – was Gewerkschaftsfunktionen anbelangt – in den (Vor-)Ruhestand getreten.

Einige kurze Anmerkungen zum Aufbau von ver.di

ver.di ist horizontal in Ortsstellen, Bezirke, Landesbezirke, Bundesebene und vertikal in 13 Fachbereiche gegliedert. Sie hat einen 19-köpfigen Bundesvorstand, in dem neben dem Vorsitzenden und seinen Stellvertretern die Bundesfachbereichsleiter (bzw. die jeweiligen Frauen) vertreten sind. Daneben gibt es einen rein ehrenamtlich zusammengesetzten Gewerkschaftsrat aus 111 Mitgliedern (Vorsitzende ist Silvia Benz, ehemals DAG). Alle Gremien sind (vorläufig) quotiert aus den fusionierten Gewerk-

schaften zusammengesetzt. Es gilt das Ehrenamtsprinzip, d.h. es gibt keine Delegierten mehr, die hauptamtlich bei ver.di beschäftigt sind.

Durch den Matrixaufbau (vertikal und horizontal) entstehen auf allen Ebenen zahlenmäßig sehr viele Gremien, die mit Ehrenamtlichen besetzt werden müssen, was – zumindest in den von der ehemaligen ÖTV dominierten Fachbereichen – nicht ganz einfach ist. Für die nächsten zwei Jahre bis zum ersten ordentlichen ver.di-Gewerkschaftstag werden alle hauptamtlichen Wahlfunktionen (Fachbereichsleiter/innen) vorgegeben, wie auch der Aufbau der ehrenamtlichen Gremien von oben nach unten durch Eingesetzten erfolgt.

ver.di wird ihren Hauptsitz in Berlin haben.

Neue Schwerpunkte und Akzente in ver.di?

Es ist schwer, eindeutig neue Akzente in der Gewerkschaftsarbeit von ver.di zu finden bzw. zu behaupten, da es sich um die Fusion von fünf verschiedenen Gewerkschaften mit unterschiedlichster Tradition und Kultur handelt. Wenn im Folgenden etwas als „neu“ beschrieben wird, dann immer aus Sicht bisheriger ÖTV-Politik.

„Raus aus den Gewerkschaftsgettos, rein ins Leben“²

Diese Äußerung wurde auch in der Presse häufig zitiert. Was ist damit gemeint? Es geht um neue Bündnisse und Aktionsformen in gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen. ver.di kann „Verbündete von sozialen Bewegungen und (kann) selbst soziale Bewegung sein. Wir können von Greenpeace eine Menge lernen....“

Dies ist für viele (Alt-)Gewerkschafter bisher kaum denkbar. Erst in der jüngeren Vergangenheit, mehr aus der Not geboren denn aus Einsicht, versuchen Gewerkschaften Gemeinsamkeiten mit Kirchen, Sozialverbänden, aber auch mit dem „Bürger“ und „Kunden“ einzugehen. Auch „freche“ Aktionsformen wie

zum Beispiel der Internetstreik vor zwei Jahren stoßen häufig zuerst eher auf Vorbehalte und Ängste (oft auch bei Hauptamtlichen) denn auf Unterstützung. Bsirske will ver.di zu einer „frischen, unkonventionellen Gewerkschaft“ machen und hofft, u.a. damit auch auf Anklang bei der Jugend zu stoßen.

„ver.di muss die Gewerkschaft der geringfügig und der befristet Beschäftigten sein ... und auch die Gewerkschaft der Selbständigen“

Auch das ungewohnte Worte für einen Vorsitzenden, der aus der ÖTV kommt. Die Einsicht, dass die Zahl befristeter, Teilzeit-, Leiharbeits- und anderer ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse zunehmen wird, dass die Zahl von sogenannten Selbständigen zunehmen wird, kommt spät, aber hoffentlich nicht zu spät. Nach wie vor erfahren Mitglieder mit diesen „Eigenschaften“ nicht die entsprechende Aufmerksamkeit und glauben viele Gewerkschaftsfunktionäre, aber auch viele Betriebs- und Personalräte, durch „Nichtbeachtung“ mit diesen Fakten fertig zu werden. Bsirske verlangt von ver.di eine „neue Beweglichkeit“ und „neue Professionalität“. Dazu gehört dann auch, Selbständige (Scheinselbständige, aber auch „erfolgreich Selbständige“) mit einem Beratungsservice in Rechts- und Steuerfragen, zur Vertragsgestaltung u.a.m. zu helfen. „Ich möchte, dass wir deren (der Selbständigen, har) Berufsorganisation werden – jedenfalls so lange, wie sie nicht selber Arbeitgeber sind... ver.di kümmert sich um alle, die von ihrer eigenen Hände Arbeit leben und von dem, was sie mit ihrem Kopf be wegen.“

Beratung soll somit Mittel der Mitgliederwerbung werden und Nichtmitgliedschaft nicht mehr den Ausschluss von Beratung zur Folge haben.

„... die Zeit der gewerkschaftlichen Patentrezepte (ist) vorbei“

Bei derart vielen Beschäftigtengruppen, wie ver.di sie organisiert, sind spezifische Antworten – auch in der Tarifpolitik – gefordert. „Tarifpolitik soll den Menschen... nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben, sondern ihnen helfen, so zu leben, wie sie das gerne möchten.“ Am Beispiel Web-Designer fordert Bsirske z.B., dass man dem Web-Designer nicht verbieten könne, auch mal 12 Stunden zu arbeiten, sondern ihm helfen müsse, dass er einen Ausgleich dafür erhält. „Unterschiedlichkeit, Individualität sind für uns keine Schreckensgespenster, die gewerkschaftliche Solidarität untergraben, sondern eine positive Herausforderung. Anders als noch vor vielleicht 40 Jahren können Gewerkschaften heute Solidarität nicht mehr aus vergleichsweise ähnlichen Lebenslagen abrufen. Heute müssen wir in sehr, sehr vielen Fäl-

len Solidarität aus Differenz und Vielfalt erst aufbauen.“

Auch dies sind neue Töne für viele Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre.

Wie gegen Niedriglohnbereiche bzw. Lohndumping vorgehen?

Leichte Irritationen waren entstanden, als Bsirske gegen einen Beschlussantrag (auf dem IG-Medien-Gewerkschaftstag) Stellung nahm, der zum Inhalt das Verbot von Tarifabschlüssen mit Lohngruppen unter DM 3000 hatte. Bsirske verwies darauf, dass es viele Tarifverträge bereits gibt, die Tarifeinkommen unter diesem Betrag vorsehen und dass die Konsequenz wäre, diesen Beschäftigten keinen tariflichen Schutz mehr zu gewährleisten. Stattdessen solle man sich mit dem Schweizer Kampagne „Kein Lohn unter 3000 Franken“ auseinandersetzen und von dort Impulse aufnehmen.

Einen Schwerpunkt – sowohl im Zusammenhang mit der Diskussion um das Bündnis für Arbeit als auch beim Besuch des Bundeskanzlers – legt Bsirske auf das Thema Mindeststandards und Vergabegesetz. Gemeinsam vor allem mit den Gewerkschaften IG BAU und NGG tritt er im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung dafür ein, dass ein bundesweites Vergabegesetz geschaffen wird. Vorbild ist dabei eine Klausel im Postgesetz, wonach in Deutschland nur derjenige eine Postlizenz bekommt, der die im Gesetz definierten sozialen Mindeststandards einhält.

„ver.di muss und ver.di wird ihre europapolitischen Aktivitäten verstärken. Denn was auf der europäischen Ebene in Brüssel und Straßburg passiert, ist in den Wirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land zu 80 Prozent Innenpolitik. Darauf müssen wir Einfluss nehmen.“ Deshalb soll die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften Mittel- und Osteuropas verstärkt werden. Zwar sind die Instrumentarien, die Bsirske aufzählt, so neu nicht (Ressourcen verstärken, Aufbau von Euro-Betriebsräten, grenzübergreifende regionale Kooperation u.a.m.), die Herangehensweise jedoch ist anders: „Wir brauchen mehr Kenntnisse, mehr Informationen über die Lebensbedingungen in unseren Nachbarländern. Das fängt bei verstärkter Sprachschulung für Sekretäre an und hört bei regelmäßigen Austauschprogrammen noch längst nicht auf.“ Das klingt sympathisch!

ver.di und Bsirske haben enorme Erwartungen bei der eigenen Mitgliedschaft geweckt. Es bleibt zu hoffen, dass nicht zu viele enttäuscht werden. har

1 Es gab 1009 Delegierte, davon 517 Frauen (gut 51%), Durchschnittsalter: 49 Jahre!

2 Dieses und alle folgenden Zitate aus der Grundsatzrede von Frank Bsirske, nachzulesen im Tagesprotokoll v. 20.3.2001 oder im Internet, <http://www.verdi-net.de>



DIHT fordert Nullrunde bei den nächsten Tarifverhandlungen. – HB, Montag, 9.4.2001. – L.-G. Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, kündigt angesichts der abflauenden Konjunktur eine harte Tarifrunde an. Er will damit seiner Forderung Nachdruck verleihen, dieses Jahr auf Tariferhöhungen zu verzichten.

DIHT findet Erbschaftssteuer überflüssig. – HB, Donnerstag, 12.4.01. – „Wir sind gegen jede Erbschaftssteuer“, so DIHT-Präsident L. G. Braun. Der Einnahmeausfall von jährlich 6 Mrd. DM müsse verkraftbar sein. Denn das seien nur 0,5 % des gesamten Steueraufkommens. Falls die Länder die Erbschaftssteuer nicht abschaffen, seien die Steuersätze für den für den familiennahen Bereich auf 5 bis max. 10 %, für den familienfremden Bereich auf höchstens 10 bis 20 % zu reduzieren.

Beschränkung der Freizügigkeit wird unterschiedlich aufgenommen. – Der BDI begrüßt den Vorschlag des Europäischen Erweiterungskommissars G. Verheugen, eine 5-jährige Beschränkung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer der EU-Erweiterungskandidaten als „hinreichend flexibel.“ Er berücksichtige sowohl den Fachkräftemangel einzelner Branchen als auch die Befürchtungen mancher Arbeitnehmergruppen, so BDI-Hauptgeschäftsführer L.-G. von Wartenberg. ZDH-Geschäftsführer H.-E. Schleyer forderte auch eine Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit. Die BDA sieht die 5-jährige Frist als zu lang an.

Vergabegesetz wertet BDI als Zumutung. – HB, Dienstag, 17.4.01. – Scharfe Kritik an den Regierungschef von Nordrhein-Westfalen Clement übte BDI-Präsident M. Rogowski bezüglich einer Vorschrift zur Tariftreue durch ein Vergabegesetz. Er wertete ein solches Gesetz als einen schweren Eingriff in den freien Leistungswettbewerb.

Bio-Tech-Firmen drohen mit Abwanderung wegen Regierungs-Beschränkung. – HB, Donnerstag, 17.4.01. – Bei der Agro-Biotechnologie hat die BSE-Krise einen Kurswechsel gebracht. Der Kanzler stoppte die Verhandlungen über einen Ausbau der Anbaufläche für gentechnisch veränderte Pflanzen. Er wolle die genfood-kritischen Verbraucher nicht noch mehr verunsichern. Derzeit läuft bei der grünen Gentechnik EU-weit nichts. Bio-Tech-Firmen drohen mit Auswanderung nach Kanada. Alarmiert bedrängt die EU-Kommission die Mitgliedsländer, den Stillstand endlich zu überwinden. *Presseauswertung: rst*

Die Europaabgeordneten der PDS Sylvia-Yvonne Kaufmann, André Brie und

Helmut Markov veröffentlichten am 21. April im *Neuen Deutschland* einen interessanten Artikel mit der Überschrift „Werden Osteuropäer EU-Bürger zweiter Klasse auf Zeit?“ Die Autoren kritisieren, dass erst spätestens sieben Jahre nach dem EU-Beitritt Arbeitnehmer aus den EU-Kandidatenländern freien Zugang zu den Arbeitsmärkten der Union erhalten sollen. Für die Beitrittskandidaten Zypern und Malta soll Arbeitnehmerfreiheit allerdings sofort gelten. Sie schreiben: „Wir plädieren für einen deutlichen Kurswechsel in der Erweiterungsstrategie. Statt ein marktradikales Programm in Osteuropa fortzusetzen, muss die EU Bedingungen schaffen, einen sozial- und umweltverträglichen Strukturwandel in den Beitrittsstaaten zu fördern, umweltverträgliche Ersatzarbeitsplätze in neuen Sektoren zu schaffen und adäquate soziale Standards zu gewährleisten.“ Die Autoren weisen darauf hin, dass die EU-Osterweiterung auch die neuen Bundesländer trifft: „Wir fordern gerade jetzt ein neues Aufbauprogramm Ost im Sinne des Rostocker Manifests der PDS, um Ostdeutschland für die Erweiterung fit zu machen und die Voraussetzungen für grenzüberschreitende Kooperationen mit den osteuropäischen Nachbarn zu schaffen.“

PDS-Geschichtsdiskussionen scheinen in Zukunft nur noch mit Entschuldigungen geführt zu werden. Soll man der Presse glauben, planen Mitglieder des Parteivorstands eine Entschuldi-

gung zum 40. Jahrestag des Mauerbaus am 13. August. Die neue Linke im Westen konnte dem Mauerbau nie etwas Gutes abgewinnen, weil er eine hilflose Antwort auf imperialistische Infiltration war. Den Gesamtzusammenhang aber nicht in Betracht zu ziehen in Form von einseitigen Entschuldigungen, konterkariert eine offene Geschichtsdiskussion. Bis heute haben bürgerliche Politiker die Strategie des kalten Krieges nicht in Zweifel gestellt. Dies ist aber die andere Seite der Mauer.

Wenn Gabi Zimmer und Petra Pau in ihrer Erklärung zur Vereinigung von KPD und SPD zur SED so nebenbei erklären: „Wir erwarten übrigens von der Sozialdemokratie keine Abbitte für Handlungen, mit denen sie der deutschen Linken Schaden zugefügt hat“, so ist das dumm und angesichts von Berufsverboten und Tausender KPD-Mitglieder, die Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verbüßen mussten, mindetens ignorant.

So gesehen, schreibt der neue Parteivorstand Geschichte mit offenem Ausgang, zum Verdruss vieler Mitglieder und der Historischen Kommission der PDS, die zu Recht auf ihre Erklärung aus dem Jahr 1995 verweist. Der neue PDS-Pressedienst veröffentlicht Auszüge aus dem Beschluss. Hier wichtige Passagen. Im Internet ist die ganze Erklärung veröffentlicht:

„Die Historische Kommission der PDS spricht sich für einen Umgang mit dem Zusammenschluss von KPD und SPD aus, der geeignet ist, die Atmosphäre im Lager der Reformkräfte zu entgiften. Das besagt: Jeder, der sich am dringend gebotenen Disput beteiligt,

sollte

- die ganze Fülle widersprüchlicher Tatsachen zur Kenntnis nehmen
- Einzelereignisse nicht aus ihren großen historischen und internationalen Zusammenhängen herauslösen
- über die Motive aller historisch handelnden Kräfte ernsthaft nachdenken
- die eigenen geschichtstheoretischen Standpunkte und Überzeugungen immer wieder am empirischen Material überprüfen
- Wertungen historischer Vorgänge nicht eigenen politischen Vorurteilen oder Parteiinteressen unterwerfen.“

In der 1995/1996 hitzig und politisch aufgeladen geführten Debatte um die 50. Wiederkehr des Jahrestages der SED-Gründung wandte sich die Historische Kommission der PDS gegen vordergründigen Gebrauch der Geschichte als politisches Druckmittel und erklärte:

„Die Historische Kommission der PDS warnt davor, sich in historischen Fragen – von wem und unter welchem Vorwand auch immer – Ultimaten stellen zu lassen. Die Tatsachen zu erhellern und zu bewerten, ist Sache historischer Forschung. Sich ein Urteil zu bilden, ist das Recht jedes Parteimitgliedes und jedes Bürgers dieses Landes. Unakzeptabel ist es hingegen, Entscheidungen über politisches Vorgehen, über Bündnisse oder Koalitionen von Be- oder Verurteilungen historischer Vorgänge abhängig zu machen, die ein halbes Jahrhundert zurückliegen. Dies beschädigt sowohl das politische Profil und die Glaubwürdigkeit derjenigen, die solche Ansinnen stellen, als auch derjenigen, die auf solche Ansinnen eingehen...“

Interfraktioneller Armenien-Antrag

BRD will keine Diskussion über Völkermord

Der PDS-Bundestagsabgeordnete Uwe Hikschi hat den Entwurf eines interfraktionellen Antrages an den Bundestag vorgestellt, mit dem er das Parlament zu einer Debatte über den Völkermord an den Armeniern 1915 bewegen will.

In der nächsten Sitzungswoche werde der Antrag allen 669 Bundestagsabgeordneten zugeleitet. Vorausgegangen war vor Ostern die Entscheidung des Parlaments über eine Petition von armenischen Verbänden, die nun dem Auswärtigen Amt zur weiteren Behandlung vorliegt. Die Verbände fordern eine formale Bestätigung des Genozids und Druck in Richtung Anerkennung auch auf die Türkei, die sowohl Ausmaß wie eigene Schuld an den historischen Ereignissen vehement bestreitet. Der Bundestag müsse

sich auch zur Mitverantwortung des Deutschen Reiches am Genozid bekennen, begründete Hikschi seine Initiative. Das französische Parlament hatte bereits einen ähnlichen Beschluss gefasst und damit einen Handelsboykott durch Ankara ausgelöst.

Die Bundesregierung will sich mit der Reaktion auf die Initiative Zeit lassen. Verschiedene Reaktionen lassen aber schon darauf schließen, in welche Richtung der Gang der Argumentation laufen soll. Im Parlament wie in der Bundesregierung gibt es Vorbehalte, den Völkermord in der Schärfe zu kritisieren, wie das in Frankreich geschehen war. Seither war es zu Spannungen im französisch-türkischen Verhältnis gekommen. Nun sollen auch Parlamentsgremien in dem

Schreiben an die Bundesregierung, das der Petition beigefügt war, Bedenken äußern. Der Ausdruck „Völkermord“ wird in dem Begleitschreiben nicht verwendet. Die Debatte dürfe nicht neue „Wunden aufreißen“, sondern müsse heilende Wirkung haben

Dieser Konfliktstoff ist es, der auch die deutsche Politik erkennbar beeinflusst. Gert Weisskirchen, außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagfraktion, lehnte ein Gespräch mit Tessa Hofmann, zuständige Koordinatorin der Gesellschaft für bedrohte Völker, die auch die Petition namens der Antragsteller einbrachte, zum Völkermord freundlich, aber unmissverständlich ab. Mit eben dem Hinweis, dies sei eine Angelegenheit zwischen Armenien und der Türkei. (hav)

Deutsche Verstrickungen in den armenischen Völkermord in der Türkei

Dieser Tage jährt sich der Beginn der Vertreibung und Massakrierung der Armenier in der Türkei. Im April 1915 begann die bestialische Verfolgung, die zur völligen Vertreibung der armenischen Bevölkerung aus den östlichen türkischen Provinzen führte und nach armenischen Quellen mit dem Tode von 1,5 Millionen Menschen endete. Türkische Quellen behaupten dagegen 600 000 Tote.

Die großen armenischen Gemeinden in Frankreich und den USA haben seit langem auf Entschließungen der dortigen Parlamente hingearbeitet. In Frankreich und im Europäischen Parlament wurde die Armenierverfolgung als Genozid anerkannt. In den USA wurde eine Resolution des Abgeordnetenhauses auf Protest des damaligen Präsidenten Clinton wieder auf Eis gelegt. Jetzt entschloss sich aber der Senat des US-Staates Maryland, das Massaker türkischer Truppen an den Armeniern als Völkermord zu verurteilen und den 24. April zum offiziellen Tag des Gedenkens an die Opfer zu bestimmen.

Diese Beschlüsse führten zu heftigen Reaktionen aus der Türkei und zur Kündigung millionenschwerer Rüstungsaufträge in Frankreich. Von Armenierverfolgung darf in der Türkei nicht gesprochen werden. Akin Birdal, ehemaliger Vorsitzender des türkischen Menschenrechtsvereins IHD, steht deshalb vor Gericht. Die Negierung der Armenierverfolgung ist mit dem türkischen Nationalismus eng verknüpft. Armenier gelten auch heute noch als Erzfeinde, die die Türkei als Verbündete der Entente-Mächte des 1. Weltkriegs und Russlands aufspalten wollten. „Armenier“ ist eines der übelsten Schimpfworte in der Türkei, in Schulbüchern existieren sie erst gar nicht.

Die Bundesregierung will in der Debatte einen Konflikt mit der Türkei umgehen. Zudem steht sie vor dem Problem, dass die deutsche Türkei-Politik direkt von den Armeniermassakern betroffen ist. Kaiserlich deutsche Generäle kommandierten an den Heeresabschnitten der Ost- und Südprovinzen des Osmanischen Reiches, Unternehmen und Banken bauten die Bagdad-Bahn, Reichsregierung und Botschafter duldeten wissentlich und billigten zum Teil die Massaker. Bis Mitte der zwanziger Jahre waren Veröffentlichungen über die Armenierverfolgung in Deutschland verboten.

Den europäischen Mächten, Russland und den USA ging es bei ihrer direkten Einmischung in das Osmanische Reich um die Beseitigung der türkischen Herrschaft auf dem Balkan, die Beherrschung des Zugangs zum Schwarzen Meer (über 80 Prozent des Handels Russlands wur-

de darüber abgewickelt), den Zugang zu den Ölquellen Südkurdistans (Nordirak), den direkten Weg zum Persischen Golf (Bagdad-Bahn) sowie um Palästina, Syrien, Irak und Ägypten mit dem Suezkanal. Zudem hatte das Osmanische Reich einiges an Bodenschätzen zu bieten und war ein riesiger Absatzmarkt für die europäische Maschinen-, Waffen- und Warenindustrie. Das Osmanische Reich war hochverschuldet und hatte leeren Staatskassen. Das deutsche Kaiserreich griff nach dem Berliner Kongress 1878 und mit den deutschen Militärmisionen unter von Moltke und von der Goltz aktiv in den imperialistischen Kampf um das türkische Reich ein.

In den Großstädten der Westtürkei und in Südkurdistan (Nordirak) sowie den Ostprovinzen der Türkei lebte eine große christliche Minderheit von Armeniern, Nestorianern und Assyren, die in den Ostprovinzen bis zu 20 Prozent ausmachte. Die Armenier waren meist Bauern oder Handwerker. Die Ostprovinzen hatten seit Jahrhunderten faktische Autonomie und wurden von kurdischen Fürsten und Scheichs beherrscht. Die Beziehungen zwischen Armeniern und Kurden waren nicht gleichberechtigt, aber in der Regel friedlich. Die Armenier hatten als Nichtmuslime nicht die gleichen Rechte wie die muslimische Bevölkerung im Osmanischen Reich.

Mit den von den imperialistischen Mächten geforderten Reformen der osmanischen Türkei, wurden diese Beziehungen nachhaltig erschüttert. Unter dem Sultan Abdulhamit II. wurde die Verwaltung zunehmend zentralisiert, was Zug um Zug die Autonomie der kurdischen Bezirke aufhob. Die europäischen Mächte verlangten besseren Schutz und mehr Rechte für die christlichen Minderheiten, größere Freiheiten für die Arbeit ihrer Missionen, die Einrichtung christlicher Schulen und Internate. Und sie förderten den aufkommenden armenischen Nationalismus.

Mehr und mehr glichen die Ostprovinzen einem Pulverfass. 1890/91 wurde mit der Aufstellung der Hamidiye-Regimenter die alte Ordnung endgültig zerstört. Diese irregulären Streitkräfte bestanden aus sunnitischen kurdischen Stämmen. 1895 gab es 56 solcher Regimenter, mit einer Stärke von 500 bis über 1 000 Mann. So wurden verschiedene kurdische Stammesführer an den Sultan gebunden. In den Ostprovinzen wurden diese Regimenter 1894 erstmals gegen rebellierende Armenier im Gebiet von Sesun eingesetzt und beendeten den Aufstand blutig. Es kamen an die 20 000 Armenier ums Leben. Die Regimenter wurden aber auch gegen die alevitischen kurdischen Stämme geschickt.

Die direkte Auswirkung der zunehmenden europäischen Interventionen war die Zerstörung der Beziehungen zwischen Muslimen und Christen in Nordkurdistan.

Im Ersten Weltkrieg galten die Arme-

nier als Verbündete der Entente. Ihre Hoffnungen lagen auf der Seite Russlands, Frankreichs und der USA, die den armenischen Nationalismus stärkten. Auch ermuntert durch die Thesen Wilsons nach Unabhängigkeit, kam es zu ersten Unruhen in den Ostprovinzen im Bezirk Van. Das Osmanische Reich stand an der Seite Deutschlands im Krieg. Alle Posten im Kriegsministerium, in Generalstäben und Armeen waren doppelt besetzt mit türkischen und deutschen Offizieren. Am 24. April 1915 wurde von der Jungtürkischen Führung unter Talat Pascha und Enver Pascha der Befehl zur Verfolgung, Deportierung und Massakrierung der Armenier gegeben. Die Massaker der türkischen Armee fanden im Wesentlichen an den Ostfrontabschnitten statt. Hier kommandierten General Liman von Sanders, Generalfeldmarschall Colmar Freiherr von der Goltz, General von Falkenhayn, um nur einige wenige zu nennen. Ende 1915 erklärte Talat Pascha, dass die armenische Frage in Kleinasien gelöst sei. Der österreichische Militärvertreter Pommianowski beschreibt später, dass der deutsche Botschafter Wangenheim die barbarischen Maßnahmen der türkischen Regierung geradezu gutgeheißen und sie als vollkommen gerechtfertigte Selbstverteidigung bezeichnet habe.

(rub)

Quellen:

Botschafter Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt, 27.4.1915

Zur Eindämmung der armenischen Spionage und um neuen armenischen Massenerhebungen vorzubeugen, beabsichtigt Enver Pascha unter Benutzung des Kriegs-(Ausnahme-)zustandes eine große Anzahl armenischer Schulen zu schließen, armenische Postkorrespondenz zu untersagen, armenische Zeitungen zu unterdrücken und aus den jetzt insrgierten armenischen Zentren alle nicht ganz einwandfreien Familien in Mesopotamien anzusiedeln. Er bittet dringend, dass wir ihm hierbei nicht in den Arm fallen.

Diese türkischen Maßnahmen werden natürlich in der gesamten uns feindlichen Welt wieder große Aufregung verursachen und auch gegen uns ausgebeutet werden. Die Maßnahmen bedeuten gewiss auch eine große Härte für die armenische Bevölkerung. Doch bin ich der Meinung, dass wir sie wohl in ihrer Form mildern, aber nicht grundsätzlich hindern dürfen. Die von Russland genährte armenische Wühlarbeit hat Dimensionen angenommen, welche den Bestand der Türkei bedrohen. ... (Quelle: Dr. Johannes Lepsius, Deutschland und Armenien 1914-1918, Sammlung diplomatischer Aktenstücke, Bremen 1986. Zitiert nach Rudolf Bürgel, Die deutsche Türkei-Politik und ihre Auswirkungen auf Kurdistan, Stuttgart 1997, S. 184)

Pressekonferenz der Reichsregierung vom 7.10.1915

In der Pressekonferenz wurde den Journalisten folgende Richtlinie gegeben:

Über die Armeniergräuel ist folgendes zu sagen: Unsere freundschaftlichen Beziehungen zur Türkei dürfen durch diese innertürkische Verwaltungsangelegenheit nicht nur nicht gefährdet, sondern im gegenwärtigen Augenblick nicht einmal geprüft werden.

Deshalb ist es einstweilen Pflicht zu schweigen. Später, wenn direkte Angriffe des Auslandes wegen deutscher Mitschuld erfolgen sollten, muss

man die Sache mit größter Vorsicht und Zurückhaltung behandeln und vorgeben, dass die Türken schwer von den Armeniern gereizt wurden. Quelle: Heinrich Vierbücher, *Was die kaiserliche Regierung den Deutschen Untertanen verschwiegen hat. Armenien 1915. Die Abschlachtung eines Kulturvolkes durch die Türken. Reproduktion der 1930 vorgelegten Schrift, Bremen 1985*. Zitiert nach Rudolf Bürgel, S. 192

Edgar Hilsenrath: „Das Märchen vom letzten Gedanken“

Der 1989 erschienene „historische Roman aus dem Kaukasus“ „Das Märchen vom letzten Gedanken“ von Edgar Hilsenrath führt den Leser mitten hinein in die Vertreibung und systematische Ausrottung der (christlichen) Armenier in der Türkei Anfang dieses Jahrhunderts und schlägt den Bogen zur Perfezionierung des Völkermords durch die deutschen Faschisten. Menschen werden zu Untermenschen erklärt, die Herremenschen haben jedes Recht, sich ihrer zu entledigen. Herbeigezogene Verschwörungs- und sonstige Rechtfertigungstheorien können die nackte Gewalt nicht relativieren.

Die Idee Hilsenraths, den Blick zurück in die Geschichte des armenischen Volkes als Dialog eines sterbenden Menschen mit dem „Märchenerzähler in seinem Kopf“ zu gestalten, fasziniert. „Das Geschichtenerzählen wird zum letzten Beweis der früheren Existenz eines ausgerotteten Volkes“.

Der Roman erzählt von Wartan, Vater eines Thovma Khatisan. Thovma wurde 1915 in einer Frauenkolonne geboren, die von türkischen Wachmannschaften im Zuge der sogenannten „Umsiedelungen der armenischen Bevölkerung“ in den sicheren Tod geführt wurde.

Der geschichtliche Hintergrund um 1915 kommt in Hilsenraths Roman voll zum Tragen. Müdir Bey (Polizeichef bzw. Statthalter) von Bakir versucht, dem armenischen Bauern Wartan Khatisan, den man sofort als harmlosen Menschen erkennt, nachzuweisen, dass er Teilnehmer einer armenischen Weltverschwörung sei, die Produkt der pantürkischen Ideologie war und zugleich als Vorwand für den Völkermord an den Armeniern herhalten sollte. Wartan soll ein Geständnis abliefern, dass er den Prinzenmord in Sarajevo begangen habe, um somit den Ersten Weltkrieg auszulösen.

Die deutschen Militärberater, Offiziere und militärischen Ausbilder gehören zur türkischen Maschinerie, es wird deutlich, dass sie mit Waffen, Geld und Interessen die Jungtürkische Bewegung unterstützen und dies als Teil ihres Kalküls betrachten.

Hilsenrath gelingt es, die verschiedenen Akteure dieses Völkermords entsprechend ihrer geschichtlichen Rolle zu schildern, und zwar ohne dass er erläuternden Text benutzt. Er lässt Vertreter der Beteiligten miteinander in Kontakt kommen, lässt sie reden und Gedanken

austauschen und führt sie so in einer Weise vor, dass man unter der Hand begreift, wie das Zusammenspiel funktioniert.

Der gefangene Armenier Wartan unterschreibt nach schweren Folterungen ein Geständnis, das so abenteuerlich ist, dass es der Weltöffentlichkeit nicht präsentiert werden kann. Er geht dann dem türkischen Staat irgendwie verloren, man hat andere Vorwände für den geplanten Völkermord gefunden.

In der Folge gibt Hilsenrath dem Lesser Einblick in das ganz alltägliche Leben der armenischen Bevölkerung vor und zu Beginn der großen Vernichtungsaktion. Er verherrlicht hier nichts, sondern zwingt eher dazu, sich ein eigenes Bild z.B. von den religiösen Gebräuchen zu machen. Man erfährt von den Ruf der Armenier, sehr gute Handwerker zu haben, geschäftstüchtig zu sein, sich Wohlstand erarbeitet zu haben. Deutlich wird jedoch: eigentlich steht einem friedlichen Nebeneinander der verschiedenen Völker nichts im Wege: Der türkische Chauvinismus und die imperialistischen Interessen der Westmächte zerstören das gewachsene Zusammenleben, die Tatsachen werden verdreht und zu Argumenten gegen die Armenier. Im weiteren lässt Hilsenrath den Leser teilhaben an der Perfidie und Perfektion in der Organisation eines geplanten und durchgeführten Völkermords. 1915 wurde mit dem Blutbad von Istanbul (200 armenische Intellektuelle werden geköpft und ihre Schädel als Abschreckung der Öffentlichkeit gezeigt) der Startschuss für die Vernichtung sämtlicher Armenier in der Türkei gegeben. Den Völkermord an den Armeniern hat der Protagonist Wartan durch große Zufälle, Glück und Hilfe im richtigen Moment überlebt. Er, der Heimatlose, und vielleicht ist es auch nicht mehr derselbe, landet nach einer Odyssee schließlich in einem jüdischen Ghetto in Polen, weil er seinen Ausweis vergessen hatte und bei einer Passkontrolle verhaftet worden war. Mit diesen Juden wird er dann ermordet.

Hilsenraths Roman schildert aber nicht nur, er klagt an und fordert zum Widerstand gegen die Entmenschlichung auf. Er prangert eindeutig die direkte und indirekte Beteiligung des deutschen Kaiserreiches am vergessenen Völkermord an den Armeniern an, ist aber historisch und poetisch zugleich, was wiederum über die spezielle Rollenverteilung hinausweist.

evd

Quellen: Kurdische Geschichte im Überblick, GNN Verlag München 1995, S. 25/26 • Norbert Schlachtiek-Freitag: Edgar Hilsenrath. 51. Nlg. Kritisches Lexikon zu deutschsprachigen Gegenwartsliteratur – KLG • Peter Stemberg (University of British Columbia): *Memories of the Holocaust – Edgar Hilsenrath and the Fiction of Genocide*. DVLG, 56, 1982, S. 277-289) • Metzler-Lexikon der deutsch-jüdischen Literatur, Weimar 2000

Franz Werfel: „Die vierzig Tage des Musa Dagh“

Franz Werfel hat das Buch „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ 1929 während eines Aufenthalts in Damaskus entworfen. Er schreibt selbst, dass „das Jammerbild verstümmelter und verhungerner Flüchtlingskinder, die in einer Teppichfabrik arbeiteten, den entscheidenden Anstoß (gab)“. 1933 wurde es nach gründlichen Recherchen fertiggestellt, die den Schluss zulassen, dass hier der erste von einer Regierungsmacht organisierte, systematische Völkermord begangen wurde, nämlich am armenischen Volk.

Ganze Städte und Dörfer waren durch die ostanatolischen Vilajets in die Wüste deportiert worden – ein verschärfter und in die Länge gezogener Foltertod, den kaum jemand überleben sollte. Ca. 5000 Armenier, die noch nicht zur Deportation erfasst waren, entschieden, sich auf dem Nahe gelegenen Berg Musa Dagh zu verschanzen. Die Überlebenschancen waren fast aussichtslos, die militärische Übermacht und Brutalität des neuen Jungtürkischen Regimes waren erschreckend. Trotz dieser Umstände wurde die Organisation des Widerstandes zwar unter Zeitdruck, aber genauestens und demokratisch beschlossen. Die militärische Verteidigung die Arbeitsaufteilung und die Organisation der Reproduktion waren mit sozialistischen Kriterien vergleichbar, obwohl kaum einer praktische Erfahrungen damit hatte. Die Solidarität aller war entscheidend für das Überleben auf dem Berg. Und die Bewältigung der Schwierigkeiten, die dabei entstanden sind, beschreibt Werfel nicht in erster Linie als heldenhaft, sondern als alltägliche Verhaltensweisen, die aus dem Leben und der Geschichte dieser Menschen zu erklären sind. Auch diejenigen, die sich einen Versuch des Widerstandes auf dem Berg Musa Dagh nicht zugetraut hatten, die sogar z.B. als Priester ihre Gemeindemitglieder davon abhielten, wurden nicht verachtet oder als feige gebrandmarkt. Es ging um Entscheidungen, die ihre Berechtigung hatte und die vor allem jeder vor sich und zum Teil für andere verantworten musste. Auf dieser Ebene gelingt es Werfel, die Personen seines Romans mit so unterschiedlichen Charakteren angemessen differenziert zu beschreiben. Man spürt beim Lesen dieses Buches Werfels Verständnis für gesellschaftliche Machtverhältnisse und politische Bewegungen, hervorragend umgesetzt in seinem Stil und seiner Wortwahl.

Nachdem das Buch längst erschienen war, sollte Werfel noch mal eng mit dem Thema in Berührung kommen, als er persönlich den Kapitän des französischen Fregattenschiffs kennen lernte, der damals veranlasste, die Armenier vom Musa Dagh aufzunehmen und zu retten.

(frm)



Mitteleuropäische Blockbildung im Zuge der EU-Osterweiterung

Der folgende Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags bei der Tagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften am 7./8. April 2001 in Fulda.

Strategische Partnerschaft

Am 12.03.01 hat die Österreichische Bundesregierung ihr zukünftiges Konzept der „Strategischen Partnerschaft“ durch die Außenministerin B. Ferrero-Waldner vorstellen lassen. Diese Partnerschaft soll neben Österreich die nachfolgenden mittelbaren bzw. unmittelbaren Nachbarstaaten umgreifen: Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien – sowie mittelfristig: Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Jugoslawien [Serbien/Montenegro]. Das Konzept stellt darauf ab, den u. a. in der Visegrad-Gruppe bestehenden Zusammenschluss gleichberechtigter Staaten zu ersetzen durch die exklusive Anbindung der betreffenden EU-Beitrittskandidaten an das EU-Mitglied Österreich. Zweierlei Wesensmerkmale dieses „Partnerschafts“verbunds offenbaren seinen tatsächlichen Zweck – die Unterordnung dieser Staaten: Er soll erstens der „Klärrung von Fragen auf bilateralem Wege“ dienen, d. h. der Durchsetzung des österreichischen Standpunkts in diesen Sachen. Das betrifft v. a. Tschechien und Slowenien. Einerseits hinsichtlich der Bedachtnahme auf unabhängige Energieversorgung (Atomkraftwerke). Und andererseits hinsichtlich der Funktion der sog. Benes- bzw. Avnoj-Dekrete als fortbestehende Elemente der dortigen Verfassungsordnung. Zweitens soll dieser Verbund zweimal im Jahr – vor den jeweiligen EU-Konferenzen – als Regionalkonferenz tagen, um das Gewicht von rd. 40 Mio. Einwohnern dieser Staaten (außer Polen und den jugoslawischen Teilrepubliken südwärts Slowenien) hinter einer – nämlich der österreichischen – Stimme zusammenzufassen.

Die Staaten, die hier in der Umarmung der Strategischen Partnerschaft erdrückt werden sollen, könnten in (Rück-)Besinnung auf ihren Visegrad-Zusammenschluss diese Offerte – die ja in Wahrheit ein Angriff auf die letzten Reste ihrer staatlichen Souveränität darstellt – kühl abblitzen lassen. Aber dieses Konzept nutzt die Ergebnisse der bisherigen ökonomischen Expansion von (hauptsächlich) österreichischem und deutschem Kapital in diese Länder – und weiß sich der speziellen deutschen Interessiertheit an der Anbindung dieser Staaten (an Wien) sicher: „Der Unterschied zur bestehenden Visegrad-Zusammenarbeit der vier Staaten Ungarn, Polen, Tsche-

chien und Slowakei bestehe darin, dass Österreich EU-Mitglied sei und die EU-Perspektive in den Vordergrund stelle, sagte Ferrero-Waldner auf eine entsprechende Frage. Es gehe ihr nicht um „semantische“ Fragen, sondern um politische Inhalte.“ (*Bundeskanzleramt Wien, Bundespressedienst – Aktuelle Meldungen/Wichtige Meldungen der anderen Ministerien – 12.03.2001; S.2*) Wer etwa – wie Polen und Tschechien – versuchen sollte, dieser partnerschaftlichen Umarmung schutzsuchend in Richtung EU-Mitglied Deutschland zu entgehen, würde dort ankommen, wo die Sache ihren Ausgangspunkt hat.

Man steht hier vor dem Zwischenergebnis einer politischen Aufschließungsstrategie und der nachfolgenden ökonomischen Expansion in Richtung Süden, das jetzt durch eine regionale Ordnungspolitik konsolidiert werden soll. Über Süddeutschland – sprich: Bayern – wurde seit Ende der 80er Jahre im Zusammenwirken mit Österreich die Politik der „ArGe[Arbeitsgemeinschaft] Alpen“ bzw. „ArGe Donauraum“ betrieben. In den über zehn Jahren, die seither vergangen sind, hat sich die bis dahin bereits erreichte enge Verflechtung der deutschen und österreichischen Volkswirtschaft dahingehend entwickelt, dass Österreich mittlerweile das strategische Zentrum für die ökonomische Durchdringung der mittel- und südosteuropäischen Volkswirtschaften bzw. Gesellschaften (durch deutsch-österreichische Kapitalgesellschaften) geworden ist.

Als Beispiele können genannt werden: Die Münchner Konzerngruppe Siemens, die ihr „Regional Headquarter für Südost-Europa“ in Wien etabliert hat. Sodann die Münchner Konzerngruppe HypoVereinsbank, die von Wien aus – abgestützt auf die einverlebte Austria-Bank (inklusive der österr. Creditanstalt) – als „Bank der Regionen“ die Marktführerschaft in Mittel- und Südosteuropa anstrebt. Und schließlich die Düsseldorfer Konzerngruppe Henkel, die von Wien aus als „Henkel-Central-Eastern-Europe-Gruppe“ im EU-Erweiterungsgebiet operiert. Das Konzept der „Strategischen Partnerschaft“ kann somit als politischer Nachvollzug jener Expansionsstrategie des deutsch-österreichischen Kapitals eingeordnet werden. Es verdankt sich dem Einwirken dieser Kreise auf die deutsche Regierungspolitik – und auf die österreichische Regierungspolitik.

Kerneuropa

Erinnert sei hier an jene Rede des deutschen Außenministers J. Fischer zur „In-

tegration bzw. Erweiterung der EU“ im Mai 2000. Dort findet sich das Projekt einer Kerngruppe von EU-Mitgliedsstaaten formuliert. Das Auswärtige Amt hatte damit eine langgehegte Idee des Bundeskanzlers G. Schröder – „verstärkte Zusammenarbeit“ einer Gruppe von EU-Mitgliedern zwecks Verdichtung bzw. Erweiterung der Union – aufgegriffen und hineingestellt in die öffentliche Debatte vor der Nizza-Regierungskonferenz (Nov. 2000). In dieser Debatte spielte das Misstrauen gegenüber einer Formierung der EU durch eine deutsche, blockbildende Politik eine wesentliche Rolle. Erfahrungsgemäß musste alles, was von deutscher Seite in Richtung europäischer Kernbildung verlautbart wird, als Aufruf zur großdeutschen Kernbildung in Mitteleuropa entschlüsselt werden. Tatsächlich wurde dieses Projekt umgehend aufgegriffen – von der österreichischen Bundesregierung, die zu diesem Zeitpunkt bereits unter dem Verdict des EU-Sanktionsbeschlusses stand wegen der Regierungsbeteiligung der FPÖ durch die ÖVP. In ihrer Rede vor der Konferenz der CSU-Landesgruppe im Kloster Banz, am 11. Juli 2000, begründet die österreichische Außenministerin die diesbezügliche Position ihrer Regierung wie folgt:

„Der deutsche Außenminister hat am 12. Mai eine Rede zur Finalität Europas gehalten, in der er sich einerseits mit einer vertieften Integration durch intensive Zusammenarbeit einer Kerngruppe der Mitglieder beschäftigt, andererseits aber auch Überlegungen über eine mögliche europäische Verfassung anstellt. Ich begrüße den Versuch, dem europäischen Integrationsprozess durch solche Überlegungen zusätzliche Dynamik zu verleihen, und wir sind auch gerne bereit, über die Zukunft Europas ohne Scheuklappen nachzudenken. Die Rede Fischers ordnet sich nun in eine Diskussion ein, die es ja bereits seit längerem gibt. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Vorschläge Wolfgang Schäubles und Karl Lamers [...] Ebenso muss auch festgehalten werden, dass die Existenz einer Kerngruppe, die den anderen in der Integration vorausgeht, kein akademischer Diskurs ist. Durch den Euro, durch Schengen, ist die flexible Kooperation bereits Wirklichkeit geworden und hat den Test der Umsetzung in die politische Realität bestanden... Österreich..., das in diesem Jahrhundert so viele Brüche seiner Geschichte erfahren hat, muss aus politischen und wirtschaftlichen Gründen auch in Zukunft der Kerngruppe der EU...angehören.“ (aus: www.bmaa.gv.at/presseservice/re

den) Mit dem Hervortreten in dieser Sache hat die Regierung in Wien abgewartet bis das diesbezügliche Ergebnis der Nizza-Konferenz der EU feststand. Dazu hat die deutsche Seite u. folgendes verlautbart: „Vor allem aber ist es in Nizza gelungen, neue Möglichkeiten für die Vertiefung der Europäischen Union zu schaffen. Zukünftig können sich acht oder mehr Mitgliedstaaten noch enger zusammenschließen und gemeinsam eine Avantgarde bilden, die die europäische Integration insgesamt befähigt.“ (Bundeskanzler G. Schröder, Beitrag für das „Handelsblatt“, 29.12.2000)

Der Sanktionsbeschluss wurde auf bundesdeutscher Seite (Berlin) öffentlich mitgetragen – und auf süddeutscher Seite (CSU-Landesregierung Bayern, CDU/FDP-Landesregierung Baden-Württemberg) öffentlich boykottiert. Dieses „gegensätzliche“ Verhalten bot einerseits die Möglichkeit, die EU-Öffentlichkeit nicht nur über die grundsätzliche Übereinstimmung zu täuschen – sondern auch die deutsche Kerngruppenbildung in Mitteleuropa weiter voranzutreiben. Zum andern bot es die Möglichkeit, die Besorgnis innerhalb der EU gegenüber einer deutschen Blockbildung zu nutzen für die erstmalige Etablierung einer EU-Innenpolitik: Diese legitimiert sich aus jener Werteordnung, die die EU für sich reklamiert und die jedes neue Mitglied anerkennt durch seinen Beitritt. Sie wird exekutiert über Sanktionsbeschlüsse, die der Durchsetzung dieser Werteordnung innerhalb der EU dienen – und die (wegen der vorgängigen Anerkennung durch Beitritt) auch nicht abgewiesen werden können als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des betreffenden Staates. In diesem Kontext konnte das bereits angesprochene Aufgreifen des deutschen Kerngruppen-Projekts von Seiten Österreichs einigermaßen unbemerkt bleiben. Die Sache konnte nunmehr, nachdem die Regierungskonferenz in Nizza jene „verstärkte Zusammenarbeit“ (von mindestens 8 EU-Mitgliedsstaaten) gutgeheißen hatte, als regionale Umsetzung jenes Konferenzbeschlusses verlautbart werden – als „Strategische Partnerschaft“ Österreichs mit seinen unmittelbaren bzw. mittelbaren Nachbarstaaten. Diese regionale „Partnerschaft“ bietet die Möglichkeit, die EU-Öffentlichkeit weiterhin zu täuschen über das faktisch bereits bestehende Zusammenwirken Deutschlands und Österreichs (in Sachen Ost-/Südostweiterung der EU). Und gleichzeitig bietet sie die Möglichkeit, das (groß-)deutsche Interesse direkt wirksam werden zu lassen in Mitteleuropa sowie in Richtung Südosteuropa.

Der Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ in Wien berichtet über unterschiedliche Reaktionen aus Slowenien, Ungarn, der Slowakei, Tschechien und Polen: Ungarn täte sich „am leichtesten“ mit dieser o. a. Initiative. Die Slowakei müsste sie „zähneknirschend“ hinneh-

men. Polen, Tschechien und Slowenien „verdächtigen Österreich fort dauernder Habsburg-nostalgischer Reflexe, und sei es, dass es eine aus der Geschichte naturgegebene Führungsrolle beanspruche... [Aus] Prag heißt es: Strategische Partnerschaft schön und gut, aber sicher nicht unter Wiens Kommando.“ (SZ, 17./18.03.2001) Falls es gelingt, die o. a. EU-Beitrittskandidaten in die „Strategische Partnerschaft“ mit Österreich hineinzupressen und außerdem noch Polen zum Mitmachen zu nötigen – könnte hierüber das Gewicht von 40 Mio. plus 40 Mio. Einwohnern in die Waagschale der EU-Mehrheitsentscheidungen eingelegt werden. Würde sich diesem „regionalen“ Block (80 Mio. Einwohner) das EU-Mitglied Deutschland beigesellen – könnte dieses Gewicht verdoppelt werden auf über 160 Mio. Einwohner. In der mittelfristigen Tendenz zeichnet sich hier die politische Einsammlung Osteuropas (vom Baltikum bis zum Balkan bzw. bis hinaus zur Ukraine) ab, die nicht nur der deutschen Prägung der EU-Erweiterungsgebiete Gewicht verleihen soll – sondern auch gegenüber der alten Rest-EU. Offenkundig soll ein erster Schritt in diese Richtung getan werden anlässlich jener Regionalkonferenz, zu der die österreichische Außenministerin ihre Amtskollegen aus der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Ungarns, Sloweniens und Polens für den 6. Juni 2001 nach Wien eingeladen hat: Bundeskanzler Gerhard Schröder wird sich 10 Tage zuvor, vom 25.-27. Mai, zu Gesprächen mit der österreichischen Regierung am selben Standort aufhalten.

Deutscheuropa

Hier spielt jetzt die Kulturpolitik, der kulturpolitische Schulterschluss mit der (groß-)deutschen Seite eine bedeutsame Rolle. Das betrifft die Hinneigung gewisser gesellschaftlicher Kreise zu Deutschland in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Im Staatsvertrag mit Österreich (1955) und in den Friedensverträgen für Ungarn, Rumänien und Bulgarien (1947) findet sich bereits eine gewisse Bedachtnahme seitens der Antihitlerkoalition auf dieses Element in der Deutscheuropa-Expansion. Diese Hinneigung wurde bzw. wird hergestellt durch Einwirken auf die öffentliche Meinung dieser Länder bzw. durch darüber mögliche Anhangbildung: Hier ging es bzw. hier geht es darum, eine ausreichende Anzahl von Menschen zu gewinnen für die Überzeugung, dass Europa nur mittels einer „gemeinsamen“ Kultur aufrichtbar ist, die zugleich Platz lässt für „kulturelle Vielfalt“: einer „Hochkultur“ – im Unterschied zur jeweiligen „Regional- oder Nationalkultur“, in der das deutsche Element prägenden Charakter hat. Diese Rekrutierung zielt bzw. zielt vor allem auf die Sammlung der Kopfarbeit aller Sorten bzw. Funktionen, der akademischen Mittelklasse in den betreffenden Ländern, ab. Aktuell entspringt diese An-

hangbildung der ostwärts gerichteten Expansion des deutsch-österreichischen Kapitals und der damit verknüpften Internationalisierung des Arbeitsmarkts.

Hier sind (bereits seit Jahren) Unternehmensleitbilder wirksam – wie beispielsweise das der Siemens-Konzerngruppe in der Informationstechnologie-Branche und das der HypoVereinsbankgruppe in der Finanzdienstleistungsbranche: Diese Leitbilder dienen nicht nur der „mental“en Ausrichtung des eigenen Personals, sondern hierüber erfolgt gleichzeitig eine weiter ausgreifende Einwirkung auf die öffentliche Meinung in den Expansionsländern. Die dortigen gesellschaftlichen Zielgruppen dieser Ausrichtung bzw. Einwirkung sind die angestellte, akademische Kopfarbeit und jenes moderne Kleinunternehmerum, dem häufig selbständige Kopfarbeit zugrunde liegt. Vor diesem Hintergrund bzw. in diesem Zusammenhang sind zwei Wesensmerkmale der diesbezüglichen deutsche Regierungspolitik erkennbar – ein arbeitsmarktpolitisches und ein kulturpolitisches Merkmal. Zu ersterem hat sich Bundeskanzler Schröder neulich wie folgt geäußert:

Der „Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands [weist] einen zusätzlichen Bedarf von rund 74 000 IT [Informationstechnologie]-Akademikern allein für das letzte Jahr aus. Das macht deutlich, welche Wachstumschancen nicht genutzt werden können, weil schlicht die Leute fehlen. [...]. Im Zeichen der Globalisierung und der globalisierten Märkte brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Internationalität. Das hat auch mit der Bereitschaft zu tun, diejenigen, die aus anderen Kulturen kommen, anders sprechen und anders aussehen, so aufzunehmen, wie sich das für ein zivilisiertes Land gehört, und sie auch so zu behandeln. [...] Angesichts [...] des längst begonnenen, weltweiten Wettbewerbs um Studenten, Doktoranden und Wissenschaftler sind weitere Schritte notwendig, und wir werden sie auch gehen ... Wenn wir den Wettbewerb um die international besten Köpfe nicht verlieren wollen, benötigen wir in Deutschland eine sachliche und sachkundige Diskussion über Zuwanderung...“ (Bundeskanzler Schröder/Rede anlässlich des 8. Münchner Management Kolloquiums, 27.03.2001, in München; aus: www.bundesregierung.de/dokumente/Reden...)

Rekrutierung von Kopfarbeit

Hier, auf diesem Feld der Rekrutierung der Kopfarbeit jenseits der bisherigen EU-Ostgrenze, sind solche derzeitige Anstrengungen angesiedelt, wie z. B. die Mitherausgabe einer „neue[n] Taschenbuchreihe unter dem Titel ‚Brennpunkte‘ [zum Thema: Europa/Red.]“ seitens der Bank Austria und der Creditanstalt (Konzerngruppe HypoVereinsbank) – „aufgrund ihrer Neuaustrichtung auf den Raum Mittel- und Osteuropa“. Oder z. B.

die „Initiative KunstRaumMitteleuropa“ (gestartet vom Siemens Konzern und vom Bankkonzern Bayr. HypoVereinsbank, abgestützt auf die Austria Bank): „Im Zentrum der Kulturförderung der Siemens AG Österreich stehen der Kultustransfer, der Schwellenängste abbauen und Kultur neuen Zielgruppen zuführen soll und die Förderung des künstlerischen Nachwuchses... „Siemens Österreich engagiert sich aktiv im Kunst- und Kultursponsoring und kommt damit seiner selbstaufgelegten Verpflichtung als Förderer kultureller Ereignisse nach“, so Albert Hochleitner, Generaldirektor der Siemens AG Österreich [...] Laut einer Studie...hält sich mehr als die Hälfte der ÖsterreicherInnen für kulturinteressiert... Die Mehrheit...verbindet mit den Begriffen Kunst und Kultur in erster Linie Hochkultur [...] Siemens Generaldirektor Albert Hochleitner: „Ziel aller dieser Vorhaben ist es, durch aktives Aufeinanderzugehen und einen intensiven Gedankenaustausch die kulturelle und gesellschaftliche Integration von Österreich und den anderen Ländern Zentral- und Osteuropas zu fördern...“ (aus: www.siemens.at/ic/presse/hardcoded/kultur.htm l - 19.06.2000)

Diese deutsche Konzerninitiative aus Österreich heraus wird ergänzt durch die entsprechende Kulturpolitik aus dem Kanzleramt (Berlin) heraus, wie sie etwa in der Mittelbündelung und „Neukonzeption der Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz“ vom 20.9. 2000 deutlich wird. Im betreffenden Dokument „Konzeption zur Erforschung und Präsentation deutscher Kultur im östlichen Europa“ wird u. a. festgestellt: „Die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn werden sich auch im Blick auf das gemeinsame Kulturerbe und seine Sicherung und Bewahrung normalisieren [...] Gerade das wachsende Interesse unserer östlichen Nachbarstaaten an deutscher Kultur und Geschichte in diesen Regionen erfordert eine engere Zusammenarbeit. Diesem Interesse kann nur durch professionelle Zusammenarbeit auf musealen und wissenschaftlichen Gebieten entsprochen werden. Dies bietet gleichzeitig die Chance, die Förderung von Kultur und Geschichte über die Erlebnisgeneration der Vertriebenen und deren Verbandsinteressen hinaus entsprechend der veränderten Aufgabenstellung dauerhaft zu sichern [...] Die Vielfalt und Vielzahl vom Bund geförderter Einrichtungen sollen in Regionen zusammengefasst werden: Pommern, Nordosteuropa, Schlesien, Böhmen/Mähren, Südosteuropa [...] Zum Kulturverständnis einer Region gehört neben der Hochkultur auch die Alltagskultur in ihren regionalen Besonderheiten und entsprechenden Traditionen.“ (aus: <http://text.bundesregierung.de/frame/IxNavi.jsp?nodeID=749>)

In diesen Kontext – Rekrutierung von IT(Informationstechnologie)-Arbeitskräften im gesamten mittel-, ost- und südosteuropäischen Umfeld, der Anbin-

dung der entsprechend interessierten gesellschaftlichen Kreise an die deutsch- (österreichisch) geprägte „Hochkultur“ – gehören jene weitere Sachen, die über den neu eingesetzten Staatsminister im Bundeskanzleramt, Nida-Rümelin, laufen: Das betrifft v.a. die Betonung der Herausbildung einer europäischen Unionskultur in Abwehr (und im Unterschied) zum globalen Anspruch plus Wirken der amerikanischen Unionskultur. Sodann die Propagierung der deutschen Sprache als „lingua franca“ (als europäische Verkehrssprache) für den Bereich der „gemeinsamen europäischen Kultur“ – neben der Hinnahme der englischen Sprache fürs Geschäftsleben und für den Bereich der Wissenschaft. In einem gewissen Umfang findet über die ostwärts expandierenden bzw. operierenden Firmen und Konzerngruppen bereits eine Re-Etablierung des Deutschen – neben dem Englischen – statt: Kaum eine von ihnen duldet (innerhalb des Betriebs) die völlige Unkenntnis der deutschen Sprache. Hier finden Sachen statt, die sich bereits schon einmal im Rahmen der mittelalterlichen Gerichtsbarkeit in Osteuropa ereignet haben – die Durchsetzung des Deutschen als faktische Amtssprache, und die Unterordnung bzw. Auslöschung der jeweiligen nichtdeutschen (slawischen) Sprache in diesem Hoheitsbereich. (Siehe dazu: Robert Bartlett/ „[The Making of Europe. Conquest, Colonization and Cultural Change...] Die Geburt Europas aus dem Geiste der Gewalt. Eroberung, Kolonialisierung und kultureller Wandel von 950 bis 1350.“ Dtsche. Übers. – München 1996, S. 256ff.).

Deutsche „Hochkultur“

Die deutschen und die österreichischen kulturpolitischen Anstrengungen gen Osten verzähnen sich auf dem Gebiet der „deutschen Sprache“: „Die Förderung der deutschen Sprache im Ausland ist seit langem ein zentrales Aufgabengebiet der deutschen Auslandskulturpolitik. Österreich beschränkt sich in Sprachkursangeboten im wesentlichen auf Aktivitäten in Nachbarstaaten, die uns historisch und kulturell eng verbunden sind.“ (Quelle: www.bmaa.gv.at/presseservice/aussendungen/x1eu00pa_kultkonzept_20010313...) Vor diesem Hintergrund fallen bei Betrachtung der neuen (auf Staatsminister Nida-Rümelin abgestützten) Bundeskanzleramts-Kulturpolitik vor allem zwei Punkte auf:

Erstens. Das Selbstverständnis einer Hegemonialsprache. Die gelegentliche Betonung der sprachlichen und kulturellen Vielfalt und das gelegentliche Eintreten für eine mehrsprachige Schulausbildung dient der politischen Einbindung der grün orientierten akademischen Mittelklasse. Völkisches Sprachverständnis oder Deutschtümelei würde diesem Publikum gegenüber nicht greifen, sondern eher abstoßend wirken. Gegenüber dem rechts orientierten Teil der Öffentlichkeit wird gleichzeitig ein erhebliches Maß an Übereinstimmung signali-

siert. In diese Richtung wird die Betonung der kulturellen Vielfalt zurückgenommen dadurch, dass ihre Zusammenführung im Gurtband der „gemeinsamen deutschen Sprache“ in den Vordergrund gestellt wird. Bereits hier wird die Kultur der Zugewanderten aufbereitet als Faktor der „Bereicherung für die deutsche Kultur“. Hier besteht nicht die eine Kultur fort neben der anderen, sondern geht ein in die andere – wird assimiliert und geht somit als eigenständige Kultur unter. In diesem Zusammenhang findet dann der Wechsel zum Feld der Sprache statt – über die gezielte Verwendung des Begriffs „Eindeutschung“. Bekanntlich hatte dieser Begriff seinen festen Platz im großdeutschen Protektorats-Jargon; dieser Sachverhalt kann nicht unbekannt gewesen sein...

Zweitens. Die Gegnerschaft gegen den „Multikulturalismus“: „Darunter verstehe ich eine Auffassung, die angesichts der Vielfalt der Kulturen in einem Land das Projekt der normativen Gemeinsamkeit aufzugeben will und nur auf einen Modus vivendi unterschiedlicher Gruppen und Kulturen zielt. Personen haben nach dieser Auffassung primär eine kollektive Identität. Dieser Kollektivismus wird aber der Vielfalt der Gruppenzugehörigkeiten nicht gerecht. Ich denke da an das Beispiel einer Türkin, die sich hier in Deutschland als Gastarbeiterin verdingt und die traditionellen türkischen Werte entdeckt, die aber selbstverständlich Alkohol trinkt und als Münchnerin FC Bayern-Fan ist. Solche Komplexität sollte man nicht auf Stereotype reduzieren.“ (Nida-Rümelin, Quelle: www.bundesregierung.de/dokumente/Rede/ix_32552.htm) Diese Betonung von „Vielfalt“ bzw. „Komplexität“ sucht hinwegzutäuschen über das, was ihrer Beschreibung solcher Alltags-Lebensäußerungen zugrunde liegt – und wohin sie jedwede Kollektivität aufgelöst wissen will: in die absolute Vereinzelung des Individuums. Das zielt auf einen gesellschaftlichen Zustand, in dem jenes „Projekt einer normativen Gemeinsamkeit“ gegenüber den vereinzelten Individuen zur Entfaltung gelangen kann – als losgelöster Großwirtschaftsraum- bzw. Unions-Staat. Franz Neumann hat in seiner Abhandlung über „Ökonomie und Politik im zwanzigsten Jahrhundert“ (1955) folgendes als Merkmal des autoritären Staats benannt: Hier „finden wir, dass der Prozess der Atomisierung, der im Wesen der industriellen Gesellschaft liegt, von der totalen Politik bewusst vorwärts getrieben wird. Die Strukturaffinität, die gemeinsame Arbeit, gemeinsames Ziel, gemeinsamer Glaube, gemeinsamer Beruf mit sich bringen, wird bewusst zerstört. In der Deutschen Arbeitsfront, in der dieser Prozess der Atomisierung am schärfsten ausgedrückt war, marschierte man zwar zusammen, aber man diskutierte nicht zusammen.“ (in: Franz Neumann/ „Demokratischer und autoritärer Staat“ – Frankfurt/Main, 1967; S. 257) Hunno Hochberger

4.-6. Mai, Düsseldorf: Bundesparteitag der FDP

5. Mai, europaweit: Europäischer Aktionstag für Gleichstellung und gegen Diskriminierung behinderter Menschen. Über Aktionen bitte örtlich informieren.

5.-9. Mai, Lübeck: 24.o. Gewerkschaftstag der GEW

8. bis 10. Mai, Leipzig: Deutscher Städtetag, Hauptversammlung

17. bis 19. Mai, Berlin: Aktionstage und Großdemonstration für die Abschaffung des Residenzpflichtgesetzes für Flüchtlinge. Es rufen auf: Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen mit The Voice Afrika-forum (Jena) und die Flüchtlingsinitiative Brandenburg (Rathenow). Für Rückmeldungen, Fragen, Hinweise gibt es folgende Kontaktmöglichkeit: Antirassistische Initiative Berlin (ARI), E-Mail: ari@in.de, Stichwort „Residenzpflicht“, Fon (0 30) 7 85 72 81, Fax (0 30) 7 86 99 84, Mi 11-17 Uhr, Fr 11-18 Uhr. Internet: www.freespeech.org/inter/residenz – www.humanrights.de – www.umbruch-bildarchiv.de



19. Mai, Fulda: Wirtschaftskurs des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Kapitel 16, 17 und 18: Geld, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr

24.-27. Mai, Hamburg: BAG-SHI-Bundestreffen. Geplant sind folgende Arbeitsgruppen: Armutsbericht; Zusammenarbeit Arbeits-/Sozialämter; Pauschalierung; Rechtsverfolgung und -durchsetzung; Öffentlichkeitsarbeit; Kindergeld/Kinderarmut. Preis: voll: 160 DM, ermäßigt: 80 DM, Kinder 40 DM. Schriftliche Anmeldungen an: Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen, Moselstr. 25, 60329 Frankfurt, Tel. (0 69) 27 22 08 96, Fax: (0 69) 23 50 70, Homepage: www.BAG-SHI.de, EMail: BAGSHIFrankfurt@ol.com,

24.- 27. Mai, Erlangen: IPPNW-Kongress „Medizin und Gewissen“, Schwerpunktthemen: Menschenrechte, Technologiefolgen, Gesundheitspolitik, Vorträge/Workshops u.a. zu: „Medizin zwischen den Fronten. Ethische Dilemmata der hum. Hilfe“; Kinderstreben in Bagdad – Embargo und Gesundheit“; Uran im Kosovo – NATO-Einsatzstrahler Munition“, „Handlager für das Militär – Verträge von Kliniken und Bundeswehr“, ...; Kongress-Büro: Fichtenstr. 39, 91054 Erlangen, Tel.: 09131/816830, Fax: 09131/816831, e-mail: medigew@aol.com, <http://www.medizinundgewissen.de> (Mo-Do 9.30-12 Uhr). Kontakt: IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/6930244, Fax: 030/6938166, E-Mail: ippnw@ippnw.de Internet: <http://www.ippnw.de>

9. Juni, Leipzig: Reformalternative als Gesellschaftsalternative. Theoretische Konferenz von: Marxistisches Forum Sachsen, Marx-Engels-Stiftung Wuppertal, Marxistischer Arbeitskreis bei der Geschichtskommission der PDS. Schwerpunkte Konferenz: 1. Veränderung in der Gangart des Kapitalismus und Chancen linker Politik bzw. Reformstrategie (Prof. Uwe-Jens Heuer, Leo Mayer); 2. Das Verhältnis von Widerstandsstrategie und Reformstrategie und von Systemopposition und Regierungsbeteiligung (Prof. Dr. E. Felfe, Prof. Dr. E. Lieberam); 3. Die Eigentumsfrage als Grundfrage antikapitalistischer Reformen – Reformen als Suchtpfad zu einem neuen Sozialismus (Prof. Dr. Werner Roß, Jörg Miehe). Die Thesen der Referenten finden sich ab 9. Mai im Internet unter: www.marx-engels-stiftung.de und www.pds-sachsen.de/ag/MF Die Teilnehmer der Konferenz haben dann bis Anfang Juni die Möglichkeit, ihrerseits kurze Thesen zu machen und an Wolfram Triller zu sen-

den (w.triller@online.de) oder per Diskette (Neuländer Str. 4, 01445 Radebeul). Anmeldungen an: Siegfried Kretzschmar, Marxistisches Forum Sachsen, c/o PDS Leipzig, Braustr. 15, 04107 Leipzig

13./14. Juni, Frankfurt: Evangelischer Kirchentag

23./24.Juni, Berlin: Internationaler Kuba-Solidaritätskongress Kubanisch-Europäische Perspektiven. Kongresshalle am Alexanderplatz. Kubanisch-Europäische Perspektiven. Veranstalter: Netzwerk Cuba, PDS (Partei und BT-fraktion), GUE/NGL im Europaparlament, Cuba si, junge Welt.

23.-24. Juni, Münster: 15. Ordentl. Bundesversammlung der Grünen / Bündnis 90, Halle Münsterland

20.-22.7., Genua: G7/G8-Gipfel und Gegenaktionen. Mehr dazu: Mehr: <http://www.attac-netzwerk.de>

2. bis 5. August: Linke Sommerschule in Sondershausen

9. September: Kommunalwahlen in Niedersachsen

22. September, Fulda: Wirtschaftskurs des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Kapitel 19, 20 und 21: Internationaler Handel und Währung, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr

23. September: Bürgerschaftswahlen in Hamburg

28.-30. September, Bremen: 17. FIff-Jahrestagung „2001 – Odyssee im Cyberspace? Wege und Irrwege der Informations-technik“.

Weitere Infos unter (als pdf-file) <http://fiff.informatik.uni-bremen.de/2001/call.pdf>, Organisationsgruppe in Bremen: FIff-Jahrestagung 2001, z.Hd. Ralf E. Streibl, Universität Bremen, FB 3 – Informatik, Postfach 330 440, D-28334 Bremen, Tel.: 0421/2010174, e-mail: fiff2001@informatik.uni-bremen.de, <http://fiff.informatik.uni-bremen.de/2001>
Kontakt: Forum InformatikerInnen für Frieden (FIff), Frau Hülsmann, Medemstade 64, 21775 Ihlienworth, Tel.: 04755/911154, Fax: 04755/911026
E-Mail: fiff@fiff.de . Internet: <http://www.fiff.de>

13./14. Oktober, Erkner (bei Berlin): 3. Behindertenpolitischen Konferenz der PDS

16.-18. November, Bad Segeberg: Fluchtweg Ostsee. Konferenz des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein anlässlich seines 10.jährigen Bestehens, gemeinsam mit anderen Gruppen und Organisationen in Schleswig-Holstein. Informationen bei: www.baltic-refugee.net

24. November, Fulda: Wirtschaftskurs des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Abschluss, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr